

Satzung und Gefahrtarif

der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution
gültig ab 1. Januar 2011 in der Fassung des Neunten Nachtrags vom 19. Mai 2011

Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution

Rechts- und Direktionssitz Mannheim:

BGHW
68145 Mannheim
Tel.: 0621/183-0

Direktionssitz Bonn:

BGHW
Postfach 12 08
53002 Bonn
Tel.: 02 28 / 54 06 - 0

Internet: www.bghw.de

Bestell-Nr. B 205
Ausgabe Januar 2011

Inhaltsverzeichnis

Satzung	7
Abschnitt I: Träger, Aufgaben, Zuständigkeit	
§ 1 Name, Sitz, Rechtsstellung	7
§ 2 Aufgaben	7
§ 3 Sachliche Zuständigkeit	7
§ 4 Örtliche Zuständigkeit	8
§ 5 Direktionen und Verwaltungsstellen	8
§ 6 Beginn und Ende der Zuständigkeit	8
Abschnitt II: Verfassung	
§ 7 Selbstverwaltungsorgane der Berufsgenossenschaft	8
§ 8 Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane	8
§ 9 Vorsitz in den Selbstverwaltungsorganen	9
§ 10 Amtsdauer und Wiederwahl der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane	9
§ 11 Wahlberechtigung, Wählbarkeit, Stimmrecht der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber	9
§ 12 Erledigungsausschüsse	10
§ 13 Ehrenämter	10
§ 14 Aufgaben der Vertreterversammlung	11
§ 15 Vertretung der Berufsgenossenschaft gegenüber dem Vorstand	12
§ 16 Sitzungen und Beschlussfassung der Selbstverwaltungsorgane	12
§ 17 Vertretung der Berufsgenossenschaft durch Vorstand und Geschäftsführung	13
§ 18 Aufgaben des Vorstands	14
§ 19 Beanstandung von Beschlüssen der Selbstverwaltungsorgane	15
§ 20 Geschäftsführung	15
§ 21 Rentenausschüsse	16
§ 22 Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse	16
Abschnitt III: Anzeige- und Unterstützungspflicht der Unternehmerinnen und Unternehmer	
§ 23 Anzeige der Unfälle und Berufskrankheiten	16
§ 24 Unterstützung der Berufsgenossenschaft durch die Unternehmerinnen und Unternehmer	17
Abschnitt IV: Aufbringung der Mittel	
§ 25 Beiträge	18
§ 26 Vorschüsse	19
§ 27 Gefahrtarif, Veranlagung zu den Gefahrklassen	19
§ 28 Entgeltnachweis	19

§ 29 Beitragsüberwachung	20
§ 30 Beitragsausgleichsverfahren	20
§ 31 Einforderung von Beiträgen und Beitragsvorschüssen	20
§ 32 Säumniszuschlag	20

Abschnitt V: Änderungen im Unternehmen

§ 33 Anzeige der Änderung, Haftung für Beiträge	21
§ 34 Sicherstellung der Beiträge durch Abfindung oder Sicherheitsleistung	21

Abschnitt VI: Leistungen

§ 35 Entschädigungen, Jahresarbeitsverdienste	22
§ 36 Feststellung der Leistungen	22

Abschnitt VII: Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

§ 37 Allgemeines	22
§ 38 Bekanntmachung der Unfallverhütungsvorschriften, Unterrichtung der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der Versicherten	24
§ 39 Überwachung und Beratung der Unternehmen, Aufsichtspersonen	24
§ 40 Ausbildung der mit Präventionsaufgaben betrauten Personen	25

Abschnitt VIII: Versicherung der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie ihrer im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen

§ 41 Fortführung der am 31.12.2010 bestehenden Pflichtversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung) der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie ihrer im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen	26
--	----

Abschnitt IX: Ausdehnung der Versicherung

§ 48 Freiwillige Versicherung	26
§ 49 Antrag, Versicherungssumme	27
§ 50 Beginn der Versicherung	27
§ 51 Beginn und Umfang der Leistungen	27
§ 52 Änderung der Versicherungssumme	28
§ 53 Beendigung der Versicherung	28
§ 54 Verzeichnis, Bestätigung	28

Abschnitt X: Versicherung sonstiger Personen

§ 55 Versicherung nicht im Unternehmen beschäftigter Personen	28
§ 56 Versicherung von ehrenamtlich Tätigen	29

Abschnitt XI: Ordnungswidrigkeiten und Geldbußen

§ 57 Ordnungswidrigkeiten	29
§ 58 Geldbußen gegen Vertretungsberechtigte und Beauftragte	30
§ 59 Geldbußen bei Verletzung der Aufsichtspflicht	30

Abschnitt XII: Übergangsregelungen**Erster Unterabschnitt**

§ 60 Einführungsvorschrift	31
§ 61 Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane der Berufsgenossenschaft	31
§ 62 Sparten der Berufsgenossenschaft	31
§ 63 Spartenversammlungen	32
§ 64 Spartenbeiräte	32
§ 65 Aufgaben der Spartenversammlungen	32
§ 66 Aufgaben der Spartenbeiräte	33
§ 67 Aufgaben der besonderen Ausschüsse	34
§ 68 Anwendbare Vorschriften	34

Zweiter Unterabschnitt

§ 69 Regelungszweck	34
§ 70 Gefahr tarife	34
§ 71 Umlagen ab dem Umlagejahr 2008	35
§ 72 Beitragsberechnung	35
§ 73 Zugehörigkeit zu einem der bisherigen Zuständigkeitsbereiche	36
§ 74 Vermögen	36

Dritter Unterabschnitt

§ 75 Geschäftsführung	36
-----------------------	----

Abschnitt XIII: Schlussbestimmungen

§ 76 Bekanntmachungen	37
§ 77 Inkrafttreten	37

Anhang

Der Wortlaut der §§ 41 bis 47 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung	42
4. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel	45
Gefahrtarif	47

Satzung

der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution (BGHW)

- Stand Januar 2011 -

Beschlossen von den Vertreterversammlungen der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel und der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft auf Grund der §§ 33 Abs. 1 und 34 Abs. 1 SGB IV i. V. m. § 118 Abs. 1 SGB VII

Abschnitt I

Träger, Aufgaben, Zuständigkeit

§ 1 Name, Sitz, Rechtsstellung

(1) Die Berufsgenossenschaft führt den Namen Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution (BGHW). Sie hat ihren Sitz in Mannheim.

(2) Die Berufsgenossenschaft ist eine rechtsfähige bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Sie ist befugt, den Bundesadler im Dienstsiegel zu führen.

§ 2 Aufgaben

(1) Die Berufsgenossenschaft ist Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

(2) Die Berufsgenossenschaft sorgt mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie für eine wirksame Erste Hilfe (§§ 1 Nr. 1, 14 Abs. 1 SGB VII). Nach Eintritt eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit hat sie die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen und die Versicherten oder ihre Hin-

terbliebenen durch Geldleistungen zu entschädigen (§ 1 Nr. 2 SGB VII).

§ 3 Sachliche Zuständigkeit

Die Berufsgenossenschaft ist für folgende Gewerbe- und Industriezweige sachlich zuständig:

1. Groß- und Einzelhandel jeglicher Art mit und ohne Lager einschließlich handelsähnlicher Unternehmen;
2. Handelsvertretungen, Handelsmaklerien, Kommissions- und Agenturgehäfte mit Warenzugang; Automatenaufstellungen; Verleih, Leasing von Handelsware;
3. Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen; landwirtschaftliche Warengenossenschaften; Kellereiunternehmen; Schrotthandel, Alt-, Rest-, Abfall- und Sekundärrohstoffhandel einschließlich Sortierung und Verpressung u. dgl.;
4. Verlage, deren Erzeugnisse überwiegend im Lohndruck hergestellt werden; Vertrieb, Zustellung, Verteilung von Presseerzeugnissen einschließlich Werbeschriften u. dgl.; Lesezirkel;
5. Speditionsunternehmen; Speditionsbüros; Warenverteilungs- und Warenlogistikunternehmen; Lagerei- und Speichereiunternehmen; kommunale Hafen- und Umschlagsunternehmen sowie Unternehmen des Hafen- und Seegüterumschlags, der Be- und Ent-

ladung, Warenkontrolle und ähnliche Unternehmen; Unternehmen der Leitung und Lenkung von Waren, der Handelshilfsleistungen.

§ 4 Örtliche Zuständigkeit

Die örtliche Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

§ 5 Direktionen und Verwaltungsstellen

(1) Die Direktionen der Berufsgenossenschaft in Mannheim und Bonn nehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit die zentralen Aufgaben der Berufsgenossenschaft wahr.

(2) Die Berufsgenossenschaft hat Verwaltungsstellen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die die dezentrale Betreuung der Versicherten und Unternehmen wahrnehmen, und zwar in

- Berlin
- Bonn
- Bremen
- Essen
- Gera
- Hamburg
- Mainz
- Mannheim
- München.

§ 6 Beginn und Ende der Zuständigkeit

(1) Die Zuständigkeit beginnt mit der Eröffnung des Unternehmens oder der Aufnahme der vorbereitenden Arbeiten für das Unternehmen (§ 136 Abs. 1 Satz 2 SGB VII).

(2) Die Berufsgenossenschaft stellt Beginn und Ende ihrer Zuständigkeit für ein Unternehmen durch schriftlichen Bescheid gegenüber der Unternehmerin bzw. dem Unternehmer fest (§ 136 Abs. 1 Satz 1 SGB VII).

(3) Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben die für ihr Unternehmen tätigen Versicherten darüber zu unterrichten,

1. welche Berufsgenossenschaft für das Unternehmen zuständig ist,
2. an welchem Ort sich die für Entschädigungen zuständige Verwaltungsstelle der Berufsgenossenschaft befindet (§ 138 SGB VII).

Abschnitt II

Verfassung

§ 7 Selbstverwaltungsorgane der Berufsgenossenschaft

(1) In den Selbstverwaltungsorganen der Berufsgenossenschaft sind die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und Versicherten, die der Berufsgenossenschaft angehören, paritätisch vertreten.

(2) Die Selbstverwaltungsorgane der Berufsgenossenschaft sind die Vertreterversammlung und der Vorstand (§ 31 Abs. 1 Satz 1 SGB IV).

§ 8 Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane¹

(1) Die Vertreterversammlung setzt sich in der 11. Wahlperiode aus je 24 Vertreterinnen/Vertretern der Versicherten und

¹ Übergangsvorschriften in den §§ 60 ff. der Satzung

der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen. Ab der 12. Wahlperiode setzt sich die Vertreterversammlung aus je 20 Vertreterinnen/Vertreter der Versicherten und Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen (§ 43 Abs. 1 Satz 1 und 2, § 44 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV).

(2) Der Vorstand setzt sich aus je 6 Vertreterinnen/Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen (§ 43 Abs. 1 Satz 1, § 44 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV). Die Geschäftsführung gehört dem Vorstand mit beratender Stimme an (§ 31 Abs. 1 Satz 2, § 36 Abs. 4 Satz 3 SGB IV).

(3) Mitglieder, die verhindert sind, werden durch ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter vertreten. Dies sind die als solche in der Vorschlagsliste benannten und verfügbaren Personen in der Reihenfolge ihrer Aufstellung bis zu einer Zahl, die diejenige der Mitglieder um vier übersteigt; Mitglieder, die eine persönliche Stellvertretung nach Satz 3 haben, bleiben hierbei unberücksichtigt. Für einzelne oder alle Mitglieder des Vorstandes können anstelle einer Stellvertretung nach Satz 2 in der Vorschlagsliste eine erste und eine zweite persönliche Stellvertretung benannt werden (§ 43 Abs. 2 SGB IV).

§ 9 Vorsitz in den Selbstverwaltungsorganen

(1) Vertreterversammlung und Vorstand wählen aus ihrer Mitte je eine oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden; die eine Person muss der Gruppe der Versicherten und die andere der Gruppe der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber angehören (§ 62 Abs. 1 SGB IV).

(2) Die Vorsitzenden der Vertreterversammlung und des Vorstands sollen wechselseitig der Gruppe der Versicherten oder der Gruppe der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber angehören.

(3) Der Vorsitz in den Selbstverwaltungsorganen wechselt zwischen der oder dem Vorsitzenden und der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden von Jahr zu Jahr, gerechnet vom Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung der Selbstverwaltungsorgane (§ 62 Abs. 3 Satz 1 SGB IV).

§ 10 Amtsdauer und Wiederwahl der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane

Die Amtsdauer der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane beträgt sechs Jahre; sie endet jedoch unabhängig vom Zeitpunkt der Wahl mit dem Zusammentritt der in den nächsten allgemeinen Wahlen neu gewählten Selbstverwaltungsorgane. Die Wiederwahl ist zulässig (§ 58 Abs. 2 SGB IV).

§ 11 Wahlberechtigung, Wählbarkeit, Stimmrecht der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber

(1) Die Wahlberechtigung für die Vertreterversammlung sowie die Wählbarkeit für Vertreterversammlung und Vorstand bestimmen die §§ 50, 51 SGB IV.

(2) Bei der Wahl zur Vertreterversammlung bemisst sich das Stimmrecht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nach der Zahl der an dem in der Wahlausschreibung bestimmten Tag bei ihnen beschäftigten, bei der Berufsgenossenschaft versicherungspflichtigen und wahlberechtigten Personen. Jede Arbeitgeberin und je-

der Arbeitgeber mit bis zu 10 versicherungspflichtigen Beschäftigten hat eine Stimme und für jede weitere angefangene 10 versicherungspflichtige Beschäftigte eine weitere Stimme, höchstens jedoch 100 Stimmen (§ 49 Abs. 4 SGB IV).

§ 12 Erledigungsausschüsse

(1) Die Vertreterversammlung und der Vorstand können die Erledigung einzelner Aufgaben, mit Ausnahme der Rechtsetzung, Ausschüssen übertragen (§ 66 Abs. 1 Satz 1 SGB IV).

(2) Für die Beratung und Abstimmung gelten die Regelungen des § 16 der Satzung entsprechend.

§ 13 Ehrenämter

(1) Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane sind ehrenamtlich tätig. Stellvertreterinnen/Stellvertreter haben für die Zeit, in der sie die Mitglieder vertreten oder andere ihnen übertragene Aufgaben wahrnehmen, die Rechte und Pflichten eines Mitglieds (§ 40 Abs. 1 Satz 2 SGB IV).

(2) Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane haften für den Schaden, welcher der Berufsgenossenschaft aus einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verletzung der ihnen obliegenden Pflichten entsteht (§ 42 Abs. 2 SGB IV).

(3) Die Berufsgenossenschaft erstattet den Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane ihre baren Auslagen in Anlehnung an das Reisekostenrecht für den öffentlichen Dienst. Die Auslagen von Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden

eines Selbstverwaltungsorgans für ihre Tätigkeit außerhalb der Sitzungen können mit einem Pauschbetrag abgegolten werden (§ 41 Abs. 1 SGB IV). Einzelheiten regelt die Entschädigungsordnung (§ 41 Abs. 4 Satz 1 SGB IV, § 14 Nr. 17 der Satzung).

(4) Die Berufsgenossenschaft ersetzt den Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane den tatsächlich entgangenen regelmäßigen Bruttoverdienst und erstattet ihnen die den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmeranteil nach § 168 Abs. 1 Nr. 5 SGB VI übersteigenden Beiträge. Die Entschädigung beträgt für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit höchstens ein Fünfundsiebzigstel der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 SGB IV). Wird durch schriftliche Erklärung glaubhaft gemacht, dass ein Verdienstaussfall entstanden ist, lässt sich dessen Höhe jedoch nicht nachweisen, ist für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit ein Drittel des in Satz 2 genannten Höchstbetrages zu ersetzen. Der Verdienstaussfall wird je Kalendertag für höchstens 10 Stunden gewährt; die letzte angefangene Stunde wird voll gerechnet (§ 41 Abs. 2 SGB IV).

(5) Die Berufsgenossenschaft kann den Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane für jeden Kalendertag einer Sitzung einen Pauschbetrag für Zeitaufwand gewähren. Pauschbeträge für Zeitaufwand können außerdem gezahlt werden den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Selbstverwaltungsorgane für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen, bei außergewöhnlicher Inanspruchnahme auch anderen Mitgliedern der Selbstver-

waltungsorgane (§ 41 Abs. 3 SGB IV). Einzelheiten regelt die Entschädigungsordnung (§ 41 Abs. 4 Satz 1 SGB IV, § 14 Nr. 17 der Satzung).

§ 14 Aufgaben der Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der oder des Vorsitzenden und der oder des stellvertretenden Vorsitzenden (§ 62 Abs. 1 und 5 SGB IV),
2. Wahl der Mitglieder des Vorstands und der Stellvertreterinnen/Stellvertreter (§ 52 SGB IV),
3. Beschluss über ihre Geschäftsordnung (§ 63 Abs. 1 SGB IV),
4. Wahl der Mitglieder der Geschäftsführung auf Vorschlag des Vorstands (§ 36 Abs. 4 Satz 1 SGB IV; § 18 Nr. 2 der Satzung),
- 4a. Wahl der oder des Vorsitzenden der Geschäftsführung aus deren Mitte auf Vorschlag des Vorstandes (§ 36 Abs. 4 Satz 1 SGB IV, § 18 Nr. 2a der Satzung),
5. Beschluss über die Satzung und ihre Nachträge (§ 33 Abs. 1 SGB IV),
6. Beschluss über Unfallverhütungsvorschriften (§ 15 SGB VII),
7. Beschluss über Prüfungsordnungen für Aufsichtspersonen (§ 18 Abs. 2 Satz 2 SGB VII),
8. Feststellung des Haushaltsplans (§ 70 Abs. 1 Satz 2 SGB IV),
9. Entlastung des Vorstands und der Geschäftsführung wegen der Jahresrechnung (§ 77 Abs. 1 Satz 2 SGB IV),
10. Beschluss über den Gefahrtarif (§ 157 SGB VII),
11. Beschluss über eine Vereinigung von Berufsgenossenschaften (§ 118 SGB VII),
12. Zustimmung zur Bildung einer Gemeinlast und ihrer Verteilung auf die Berufsgenossenschaften (§ 173 SGB VII),
13. Beschluss über die Schaffung von Einrichtungen, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbringen (§§ 26, 35 SGB VII, 35 SGB IX i. V. m. § 17 Abs. 1 Nr. 2 SGB I),
14. Beschluss über die Errichtung von Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen (§§ 26, 33 SGB VII i. V. m. § 17 Abs. 1 Nr. 2 SGB I),
15. Bestimmung der Zahl der Widerspruch- und Einspruchsausschüsse und Bestellung ihrer Mitglieder (§ 36a SGB IV, § 22 der Satzung),
16. Beschluss über die Dienstordnung und den Stellenplan für die Angestellten der Berufsgenossenschaft nach § 144 SGB VII (vgl. § 18 Nr. 4 der Satzung),
17. Beschluss über die Entschädigung der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane nach § 13 Abs. 3 und 5 der Satzung (§ 41 Abs. 4 SGB IV),
18. Beschluss über die Einrichtung einer Auslandsversicherung (§ 140 Abs. 2 SGB VII),
19. Beschluss über das (teilweise) Absehen von der Berücksichtigung des Grades der Unfallgefahr bei der Beitragsberechnung (§ 153 Abs. 4 SGB VII),
20. Beschluss über Angelegenheiten, die der Vorstand der Vertreterversammlung vorlegt.

§ 15 Vertretung der Berufsgenossenschaft gegenüber dem Vorstand

Die Berufsgenossenschaft wird gegenüber dem Vorstand und dessen Mitgliedern gemeinsam durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden der Vertreterversammlung vertreten (§ 33 Abs. 2 SGB IV).

§ 16 Sitzungen und Beschlussfassung der Selbstverwaltungsorgane

(1) Die Sitzungen der Vertreterversammlung sind öffentlich, soweit nicht gesetzliche Ausschließungsgründe vorliegen oder die Vertreterversammlung in nicht öffentlicher Sitzung die Öffentlichkeit für weitere Beratungspunkte ausschließt; der Beschluss ist in öffentlicher Sitzung bekannt zu geben (§ 63 Abs. 3 Satz 2 und 3 SGB IV). Satz 1 gilt entsprechend für Sitzungen von Erledigungsausschüssen der Vertreterversammlung. Die Sitzungen der Beratungsausschüsse, des Vorstands sowie seiner Ausschüsse sind nicht öffentlich (§ 63 Abs. 3 Satz 1, § 66 Abs. 2 SGB IV).

(2) Die Selbstverwaltungsorgane sind unbeschadet von Absatz 7 und 8 beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Ist ein Selbstverwaltungsorgan nicht beschlussfähig, so kann die oder der Vorsitzende anordnen, dass in der nächsten Sitzung über den Gegenstand der Abstimmung auch dann beschlossen werden kann, wenn die in Satz 1 bestimmte Mehrheit nicht vorliegt. Hierauf muss in der Ladung der Mitglieder zu der

nächsten Sitzung hingewiesen werden (§ 64 Abs. 1 SGB IV).

(3) Der Vorstand kann in eiligen Fällen ohne Sitzung schriftlich abstimmen (§ 64 Abs. 3 Satz 1 SGB IV).

(4) Die Vertreterversammlung kann mit Ausnahme von Wahlen ohne Sitzung schriftlich abstimmen bei:

1. Angleichung von Bestimmungen der Berufsgenossenschaft an geänderte Gesetze oder höchstrichterliche Rechtsprechung,
2. Änderung von Bestimmungen der Berufsgenossenschaft auf Grund von Anregungen der Aufsichtsbehörde im Genehmigungs- und Anzeigeverfahren,
3. Angelegenheiten, in denen auf einer Sitzung der Vertreterversammlung oder eines ihrer Ausschüsse bereits eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt worden ist,
4. Angelegenheiten, die nach Beratung auf einer Sitzung auf Grund eines Beschlusses der Vertreterversammlung im schriftlichen Verfahren abschließend erledigt werden sollen, sofern es sich um Fälle handelt, die keiner Beratung mehr bedürfen (§ 64 Abs. 3 Satz 2 SGB IV).

(5) Wenn der schriftlichen Abstimmung mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Selbstverwaltungsorgans widerspricht, ist über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Selbstverwaltungsorgans zu beraten und abzustimmen (§ 64 Abs. 3 Satz 3 SGB IV).

(6) Die Beschlüsse werden unbeschadet von Absatz 7 und 8 mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit wird die Abstimmung nach erneuter Beratung wiederholt. Ergibt sich die Stimmgleichheit bei einer schriftlichen Abstimmung, wird über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Selbstverwaltungsorgans beraten und erneut abgestimmt. Kommt auch bei einer zweiten Abstimmung eine Mehrheit nicht zu Stande, so gilt der Antrag als abgelehnt (§ 64 Abs. 2 SGB IV).

(7) Bei einer Satzungsänderung ist die Vertreterversammlung nur beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder anwesend sind. Eine Satzungsänderung ist angenommen, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder dafür stimmen.

(8) Für einen Beschluss über

1. eine Vereinigung von Berufsgenossenschaften (§ 118 SGB VII),
2. den Abschluss und die Änderung von Vereinbarungen im Sinne von § 118 Abs. 1 Satz 3 - 5 SGB VII,
3. die Wahl der Mitglieder der Geschäftsführung und die Wahl der oder des Vorsitzenden der Geschäftsführung aus deren Mitte,
4. Investitionen oder Verträge mit Dritten, die Kosten von mehr als 10 Mio. Euro zur Folge haben können, sind die Vertreterversammlung und der Vorstand nur beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder anwesend sind. Ein Beschluss ist angenommen, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder dafür stimmen.

§ 17 Vertretung der Berufsgenossenschaft durch Vorstand und Geschäftsführung

(1) Der Vorstand vertritt die Berufsgenossenschaft gerichtlich und außergerichtlich, soweit die Vertretung nach § 15 und § 17 Abs. 3 der Satzung nicht den Vorsitzenden der Vertreterversammlung oder der Geschäftsführung obliegt (§ 35 Abs. 1 Satz 1 SGB IV). Der Vorstand kann im Einzelfall durch Beschluss einzelne seiner Mitglieder mit der Vertretung beauftragen. Der Vorstand benennt die Vertreter der Berufsgenossenschaft in gemeinsamen Einrichtungen der Berufsgenossenschaft und anderen Unfallversicherungsträger aus dem Kreise der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane.^{1a}

(2) Bei Abgabe einer schriftlichen Willenserklärung durch den Vorstand sind der Bezeichnung der Berufsgenossenschaft die Bezeichnung „Der Vorstand“ sowie die Unterschriften der vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder beizufügen.

(3) Die Geschäftsführung² vertritt die Berufsgenossenschaft im Rahmen des Aufgabenbereiches gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung gerichtlich und außergerichtlich (§ 36 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. Abs. 1 SGB IV). In diesem Aufgabenbereich kann die Berufsgenossenschaft auch durch jedes einzelne Mitglied der Geschäftsführung vertreten werden (§ 36 Abs. 4 Satz 5 SGB IV).

^{1a}Satz 3 tritt am 14. September in Kraft

²Übergangsvorschrift in §75 der Satzung

(4) Bei Abgabe einer schriftlichen Willenserklärung durch die Geschäftsführung fügt diese dem Namen der Berufsgenossenschaft die Bezeichnung „Die Geschäftsführung“ und die Unterschrift ihrer Mitglieder bei. Bei Vertretung der Berufsgenossenschaft durch einzelne Mitglieder der Geschäftsführung fügen diese dem Namen der Berufsgenossenschaft die Bezeichnung „Für die Geschäftsführung“ und ihre Unterschriften bei.

(5) Soweit die Geschäftsführung im Rahmen des Aufgabenbereichs des Vorstands in dessen Auftrag handelt, zeichnet sie mit dem Zusatz „Der Vorstand - Im Auftrag“ („i.A.“).

§ 18 Aufgaben des Vorstands

Der Vorstand verwaltet die Berufsgenossenschaft. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der oder des Vorsitzenden und der oder des stellvertretenden Vorsitzenden (§ 62 Abs. 1 und 5 SGB IV),
2. Vorschlag an die Vertreterversammlung für die Wahl der Mitglieder der Geschäftsführung (§ 36 Abs. 4 Satz 1 SGB IV),
- 2a. Vorschlag an die Vertreterversammlung für die Wahl der oder des Vorsitzenden der Geschäftsführung aus deren Mitte (§ 36 Abs. 4 Satz 1 SGB IV),
3. Beschluss über seine Geschäftsordnung (§ 63 Abs. 1 SGB IV),
4. Aufstellung der Dienstordnung und des Stellenplans für die Angestellten der Berufsgenossenschaft (vgl. § 14 Nr. 16 der Satzung),

5. Einstellung (mit Ausnahme der Einstellung von Dienstanwärterinnen und Dienstanwärtlern), Anstellung, Beförderung, Entlassung und Versetzung in den Ruhestand sowie Festsetzung von Maßnahmen nach der Dienstordnung wegen Nichterfüllung von Pflichten bei Angestellten nach der Dienstordnung,
6. Aufstellung des Haushaltsplans (§ 70 Abs. 1 Satz 1 SGB IV, vgl. § 14 Nr. 8 der Satzung), Einwilligung in über- und außerplanmäßige Ausgaben (§ 73 Abs. 1 SGB IV), Feststellung des Nachtragshaushalts (§ 74 SGB IV),
7. Beschluss über die Umlage (§ 152 SGB VII),
8. Beschluss über eine von § 172a Abs. 2 f. SGB VII abweichende Zuführung zur Rücklage (§§ 172a Abs. 4, 219a Abs. 1 SGB VII) oder über eine Entnahme aus der Rücklage zur Beitragsstabilisierung (§ 172a Abs. 1 Satz 1, 2. Fall SGB VII),
9. Beschluss über die Bildung von Altersrückstellungen und den Aufbau eines Altersvorsorgevermögens über die Verpflichtung nach § 172c Abs. 1 SGB VII hinaus nach § 12 Abs. 1 SVRV,
10. Beschluss über Richtlinien für Beitragsvorschüsse (§ 164 Abs. 1 SGB VII),
11. Beschluss über Rückgriff gegen Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Betriebsangehörige im Rahmen der §§ 110 Abs. 1 und 2, 111 SGB VII,
12. Beschluss über Richtlinien für das Stunden, Niederschlagen und Erlassen von Ansprüchen sowie den Abschluss von Vergleichen (§ 76 Abs. 2, Abs. 4 Satz 3 SGB IV),
13. Beschluss über Durchführungsbestimmungen zur Sicherstellung der

- Beiträge durch Festsetzung einer Beitragsabfindung oder Sicherheitsleistung nach § 34 der Satzung,
14. Festsetzung einheitlicher Mindestbeiträge (§ 161 SGB VII, § 25 Abs. 4 der Satzung),
 15. Verhängung von Geldbußen (§§ 57 ff. der Satzung),
 16. Bestellung der Mitglieder der Rentenausschüsse (§ 36a SGB IV, § 21 der Satzung),
 17. Beschluss über die Bildung einer Gemeinlast (§ 173 SGB VII, vgl. § 14 Nr. 12 der Satzung),
 18. Beschluss über eine Vereinbarung einer von § 137 Abs. 2 SGB VII abweichenden Regelung über den Übergang von Entschädigungslasten bei Zuständigkeitswechsel,
 19. Beschluss über die Veräußerung von Grundstücken sowie über die genehmigungsbedürftigen und anzeigepflichtigen Vermögensanlagen (§ 85 Abs. 1 und 5 SGB IV),
 20. Beschluss über die Richtlinien für nicht genehmigungs- und anzeigebedürftige Anlagen und die Verwaltung des Vermögens durch die Geschäftsführung,
 21. Beschluss über Richtlinien für die Führung der Verwaltungsgeschäfte, soweit diese der Geschäftsführung obliegen (§ 35 Abs. 2 SGB IV),
 22. Beschlussempfehlungen an die Vertreterversammlung,
 23. Beschluss über sonstige gesetzliche Aufgaben des Vorstands,
 24. Beschluss über Angelegenheiten, die von der Geschäftsführung dem Vorstand vorgelegt werden.

§ 19 Beanstandung von Beschlüssen der Selbstverwaltungsorgane

- (1) Verstößt der Beschluss eines Selbstverwaltungsorgans gegen Gesetz oder sonstiges für die Berufsgenossenschaft maßgebendes Recht, hat die oder der Vorsitzende des Vorstands den Beschluss schriftlich und mit Begründung zu beanstanden und dabei eine angemessene Frist zur erneuten Beschlussfassung zu setzen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung (§ 38 Abs. 1 SGB IV).
- (2) Verbleibt das Selbstverwaltungsorgan bei seinem Beschluss, hat die oder der Vorsitzende des Vorstands die Aufsichtsbehörde zu unterrichten. Die aufschiebende Wirkung besteht bis zu einer Entscheidung der Aufsichtsbehörde, längstens bis zum Ablauf von zwei Monaten nach ihrer Unterrichtung (§ 38 Abs. 2 SGB IV).

§ 20 Geschäftsführung³

- (1) Die Geschäftsführung besteht aus drei Personen. Sie führt hauptamtlich die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Berufsgenossenschaft, soweit Gesetz oder sonstiges für die Berufsgenossenschaft maßgebendes Recht nichts Abweichendes bestimmen (§ 36 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. Abs. 1 SGB IV). Ihr obliegt die Einstellung, Höhergruppierung und Kündigung von Tarifangestellten sowie die Einstellung von Dienstanzwärtinnen und Dienstanzwärtlern.

³Übergangsvorschrift in §75 der Satzung

(2) Die Mitglieder der Geschäftsführung führen die Bezeichnung „Direktorin der Berufsgenossenschaft“/„Direktor der Berufsgenossenschaft“. Die oder der Vorsitzende der Geschäftsführung führt die Bezeichnung „Vorsitzende der Geschäftsführung – Direktorin der Berufsgenossenschaft“ bzw. „Vorsitzender der Geschäftsführung – Direktor der Berufsgenossenschaft“.

§ 21 Rentenausschüsse

(1) Die Rentenausschüsse treffen nach § 36a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB IV folgende Entscheidungen:

- Erstmalige Entscheidung über Renten,
- Entscheidungen über Renten auf unbestimmte Zeit, auch wenn zuvor bereits eine Rente als vorläufige Entschädigung gewährt wurde und sich die MdE nicht ändert,
- Entscheidungen über Rentenerhöhungen, Rentenherabsetzungen und Rentenentziehungen wegen Änderung der gesundheitlichen Verhältnisse,
- Entscheidungen über Abfindungen mit Gesamtvergütungen,
- Entscheidungen über Renten als vorläufige Entschädigungen,
- Entscheidungen über laufende Beihilfen,
- Entscheidungen über Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.

(2) Für die Berufsgenossenschaft ist eine ausreichende Anzahl an Rentenausschüssen vorzusehen. Das Nähere regelt der Vorstand (§ 18 Nr. 16 der Satzung). Der Rentenausschuss tagt mit je einer Vertreterin/einem Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber,

die im fortlaufenden Wechsel im Rahmen ihrer Verfügbarkeit zu den Sitzungen des Rentenausschusses zu laden sind.

(3) Die Mitglieder der Rentenausschüsse sind ehrenamtlich tätig; § 13 der Satzung gilt entsprechend. Für die Amtsdauer und den Verlust der Mitgliedschaft im Rentenausschuss gelten die §§ 58 und 59 SGB IV entsprechend.

(4) Einigen sich die beiden Mitglieder des Rentenausschusses bei der Beschlussfassung nicht über den Grund der Leistung, so gilt die Leistung als abgelehnt; kommt es zu keiner Einigung über die Höhe der Leistung, so gilt die Leistung bis zur Höhe des nicht strittigen Teiles als bewilligt.

§ 22 Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse

(1) Die Vertreterversammlung bildet gemäß § 85 Abs. 2 Nr. 2 SGG, § 36a Abs. 1 Satz Nr. 1 SGB IV und § 112 Abs. 2 SGB IV einen oder mehrere Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse. Das Nähere regelt die Vertreterversammlung (§ 14 Nr. 15 der Satzung).

(2) Die Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse tagen mit je einer Vertreterin/einem Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber, die im fortlaufenden Wechsel im Rahmen ihrer Verfügbarkeit zu den Sitzungen der Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse zu laden sind.

Abschnitt III

Anzeige- und Unterstützungspflicht der Unternehmerinnen und Unternehmer

§ 23 Anzeige der Unfälle und Berufskrankheiten

(1) Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben Unfälle von Versicherten in ihren Unternehmen der Berufsgenossenschaft anzuzeigen, wenn Versicherte getötet oder so verletzt sind, dass sie mehr als drei Tage arbeitsunfähig werden (§ 193 Abs. 1 SGB VII).

(2) Haben Unternehmerinnen oder Unternehmer im Einzelfall Anhaltspunkte, dass bei Versicherten ihrer Unternehmen eine Berufskrankheit vorliegen könnte, haben sie diese der Berufsgenossenschaft anzuzeigen (§ 193 Abs. 2 SGB VII).

(3) Die Anzeige ist binnen drei Tagen nach Kenntnis des Unfalls oder von Anhaltspunkten für eine Berufskrankheit zu erstatten (§ 193 Abs. 4 SGB VII). Tödliche Unfälle und solche Unfälle, bei denen mehr als fünf Personen verletzt werden, sind der Berufsgenossenschaft sofort zu melden. Die versicherte Person kann von der Unternehmerin/vom Unternehmer verlangen, dass ihr eine Kopie der Anzeige überlassen wird (§ 193 Abs. 4 Satz 2 SGB VII).

(4) Die Anzeige ist vom Betriebs- oder Personalrat mit zu unterzeichnen. Die Sicherheitsfachkraft und die Betriebsärztin/der Betriebsarzt sind über jede Unfall- oder Berufskrankheitenanzeige in Kenntnis zu setzen. Verlangt die Berufsgenossenschaft zur Feststellung, ob eine Berufskrankheit

vorliegt, Auskünfte über gefährdende Tätigkeiten von Versicherten, haben die Unternehmerinnen bzw. Unternehmer den Betriebs- oder Personalrat über dieses Auskunftsersuchen unverzüglich zu unterrichten (§ 193 Abs. 5 SGB VII).

(5) Bei Unfällen in Unternehmen, die der allgemeinen Arbeitsschutzaufsicht unterstehen, ist eine Durchschrift der Anzeige der für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörde zu übersenden; bei Unfällen in Unternehmen, die der bergbehördlichen Aufsicht unterstehen, ist die Durchschrift an die zuständige untere Bergbehörde zu übersenden (§ 193 Abs. 7 Satz 1 und 2 SGB VII).

(6) Die Anzeige ist der Berufsgenossenschaft auf dem vorgeschriebenen Vordruck in zweifacher Ausfertigung oder im Wege der Datenübermittlung nach § 5 Unfallversicherungs-Anzeigeverordnung zu erstatten.

§ 24 Unterstützung der Berufsgenossenschaft durch die Unternehmerinnen und Unternehmer

Über die gesetzlich im Einzelnen festgelegten Pflichten hinaus haben die Unternehmerinnen und Unternehmer die Berufsgenossenschaft bei der Durchführung der Unfallversicherung zu unterstützen (§ 191 SGB VII). Zur Durchführung der Unfallversicherung gehören

- die Feststellung, ob ein Versicherungsfall vorliegt,
- die Feststellung der Zuständigkeit und des Versicherungsstatus,
- die Erbringung der Leistungen,
- die Berechnung, Festsetzung und Er-

- hebung von Beiträgen einschließlich der Beitragsberechnungsgrundlagen,
- die Durchführung von Erstattungs- und Ersatzansprüchen,
- die Verhütung von Versicherungsfällen, die Abwendung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie die Vorsorge für eine wirksame Erste Hilfe,
- die Erforschung von Risiken und Gesundheitsgefahren für die Versicherten.

Dazu obliegt es den Unternehmerinnen und Unternehmern insbesondere,

- alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und alle vorhandenen Beweis- oder sonstigen Urkunden vorzulegen sowie
- darauf hinzuwirken, dass Versicherte nach Unfällen im Unternehmen nur Ärztinnen/Ärzte oder Krankenhäuser aufsuchen, die die Berufsgenossenschaft benannt hat.

Abschnitt IV

Aufbringung der Mittel

§ 25 Beiträge

(1) Die Mittel für die Ausgaben der Berufsgenossenschaft werden durch Beiträge erhoben. Beitragspflichtig sind die Unternehmerinnen und Unternehmer, für deren Unternehmen Versicherte tätig sind oder zu denen Versicherte in einer besonderen die Versicherung begründenden Beziehung stehen. Die nach § 3 Abs. 1

Nr. 1 und § 6 Abs. 1 SGB VII Versicherten sind selbst beitragspflichtig.

Die Beiträge müssen den Finanzbedarf (Umlagesoll) des abgelaufenen Geschäftsjahrs einschließlich der zur Ansammlung der Rücklage (§ 82 SGB IV, § 172a SGB VII) sowie des Verwaltungsvermögens (§ 172b SGB VII) und der zur Beschaffung der Betriebsmittel (§ 81 SGB IV, § 172 SGB VII) nötigen Beträge decken (§ 21 SGB IV, § 152 Abs. 1 SGB VII).

Die Beiträge werden berechnet nach den tatsächlichen Arbeitsentgelten der Versicherten, den Gefahrklassen und dem Beitragsfuß (§§ 153 Abs. 1, 167 Abs. 1 SGB VII). Der Beitragsfuß drückt den Finanzbedarf des abgelaufenen Geschäftsjahrs (Umlagesoll) aus; er wird durch Division des Umlagesolls durch die Beitragseinheiten (Arbeitsentgelte x Gefahrklassen) berechnet (§ 167 Abs. 2 Satz 1 SGB VII). Das Arbeitsentgelt der Versicherten wird bis zur Höhe des Höchstjahresarbeitsverdienstes zu Grunde gelegt (§ 153 Abs. 2 SGB VII; § 35 Abs. 2 der Satzung). Bei versicherten Unternehmerinnen bzw. Unternehmern und ihren im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten bzw. Ehegattinnen oder Lebenspartnerinnen bzw. Lebenspartnern⁴ tritt an die Stelle des Arbeitsentgelts die Versicherungssumme.

(2) Die Beiträge für den Ausgleich unter den gewerblichen Berufsgenossenschaften nach §§ 176 ff. SGB VII in der am 31. Dezember 2007 geltenden Fassung (Lastenausgleich) und für Rentenlasten, die nach

⁴ § 25 Abs. 1 Unterabs. 3 letzter Satz i. d. F. vom 11. August 2010

§ 178 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 2 SGB VII von den Berufsgenossenschaften gemeinsam getragen werden (Lastenverteilung), werden auf die Unternehmen ausschließlich nach den Arbeitsentgelten der Versicherten in den Unternehmen (bis zum in § 35 Abs. 2 genannten Höchstbetrag) umgelegt (§§ 153 Abs. 4, 220 SGB VII). § 180 SGB VII findet Anwendung.

(3) Es wird ein einheitlicher Mindestbeitrag erhoben, dessen Höhe der Vorstand festsetzt (§ 161 SGB VII, § 18 Nr. 14 der Satzung).

§ 26 Vorschüsse

Die Berufsgenossenschaft kann Vorschüsse auf die Beiträge erheben (§ 164 Abs. 1 SGB VII). Das Nähere bestimmt der Vorstand (§ 18 Nr. 10 der Satzung).

§ 27 Gefahrarif, Veranlagung zu den Gefahrklassen

(1) Die Berufsgenossenschaft setzt einen Gefahrarif fest (§ 14 Nr. 10 der Satzung), in dem zur Abstufung der Beiträge Gefahrklassen festgestellt werden (§ 157 Abs. 1 SGB VII).

(2) Die Berufsgenossenschaft veranlagt die Unternehmen für die Tarifzeit nach dem Gefahrarif zu den Gefahrklassen und erteilt darüber einen Bescheid (§ 159 SGB VII).

(3) Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben der Berufsgenossenschaft für die Veranlagung ihrer Unternehmen zu den Gefahrklassen die erforderlichen Angaben über Art und Gegenstand, über die

Anlagen und Einrichtungen ihrer Unternehmen sowie über die sonstigen für die Veranlagung maßgebenden Verhältnisse zu machen (§§ 166, 192 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 2 SGB VII). Machen sie diese Angaben nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig, so nimmt die Berufsgenossenschaft die Veranlagung zu den Gefahrklassen nach eigener Einschätzung der betrieblichen Verhältnisse vor (§ 159 Abs. 2 SGB VII).

(4) Ermittlungen im Zusammenhang mit der Veranlagung werden vom Unfallversicherungsträger durchgeführt (§ 98 SGB X).

§ 28 Entgeltnachweis

(1) Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben der Berufsgenossenschaft binnen sechs Wochen nach Ablauf eines Kalenderjahres einen Entgeltnachweis einzureichen (§ 165 Abs. 1 SGB VII); darin sind die Gesamtsumme der Arbeitsentgelte der Versicherten, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden bzw. die Arbeitstage der versicherten Unternehmerinnen bzw. Unternehmer und ihrer ohne Arbeitsvertrag im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten bzw. Ehegattinnen oder Lebenspartnerinnen bzw. Lebenspartner⁵ für das abgelaufene Kalenderjahr zu melden. Bei Veranlagung des Unternehmens zu verschiedenen Gefahrklassen sind die Angaben nach den verschiedenen Gefahrklassen aufzugliedern. Hatten Unternehmerinnen oder Unternehmer während des abgelaufenen Jahres keine Versicherten beschäftigt, ist dies anzuzeigen. Für den

⁵ § 28 Abs 1 Satz 1 Halbsatz 2 i. d. F. vom 11. August 2010

Entgeltnachweis ist der von der Berufsgenossenschaft bestimmte Vordruck oder die entsprechende elektronische Übermittlungsform zu verwenden.

(2) Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben Aufzeichnungen zu führen, aus denen sich die zur Aufstellung des Entgeltnachweises und zur Berechnung von Geldleistungen erforderlichen Angaben, insbesondere die Namen der Versicherten, die geleisteten Arbeitsstunden und das Arbeitsentgelt entnehmen lassen, und sie fünf Jahre aufzubewahren (§ 165 Abs. 4 SGB VII). Bei der Veranlagung zu verschiedenen Gefahrklassen sind die Aufzeichnungen entsprechend den verschiedenen Gefahrklassen zu führen.

(3) Reichen die Unternehmerinnen oder Unternehmer den Entgeltnachweis nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig ein, kann die Berufsgenossenschaft eine Schätzung vornehmen (§ 165 Abs. 3 SGB VII).

§ 29 Beitragsüberwachung

(1) Die Träger der Rentenversicherung prüfen im Auftrag der Berufsgenossenschaft Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Rahmen ihrer Prüfung nach § 28 p SGB IV. Soweit sich die Höhe des Beitrages nicht nach den Arbeitsentgelten richtet und bei Unternehmen, bei denen keine Prüfung nach Satz 1 durchzuführen ist, prüft der Unfallversicherungsträger und bestimmt hierfür die Prüfabstände.

(2) Die Prüfung nach Absatz 1 Satz 1 für die Jahre 2005 bis 2008 wird in den Jahren 2010 und 2011 weiter von der Berufsgenossenschaft durchgeführt (§ 218e Abs. 4 SGB VII).

§ 30 Beitragsausgleichsverfahren

Bis zur Normierung eines gemeinsamen Beitragsausgleichsverfahrens gilt § 72 Abs. 1 Nr. 1 der Satzung.

§ 31 Einforderung von Beiträgen und Beitragsvorschüssen

(1) Die Berufsgenossenschaft teilt den Beitragspflichtigen den von ihnen zu zahlenden Beitrag schriftlich mit. Der Beitrag wird zum 15. des Monats fällig, der dem Monat folgt, in dem der Bescheid bekannt gegeben worden ist (§ 23 Abs. 3 SGB IV).

(2) Absatz 1 gilt für Beitragsvorschüsse entsprechend, wenn der Bescheid keinen anderen Fälligkeitstermin bestimmt (§ 23 Abs. 3 SGB IV).

(3) Für den Tag der Zahlung und die zulässigen Zahlungsmittel gilt § 3 Abs. 1 und 2 der Beitragsverfahrensverordnung⁶ entsprechend.

⁶ § 3 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 der Beitragsverfahrensverordnung lautet:

(1) Die Zahlungen der Arbeitgeber oder sonstiger Zahlungspflichtiger sind an die zuständige Einzugsstelle zu leisten. Als Tag der Zahlung gilt

1. bei Barzahlung der Tag des Geldeingangs,
2. bei Zahlung durch Scheck, bei Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto der Einzugsstelle der Tag der Wertstellung zu Gunsten der Einzugsstelle, bei rückwirkender Wertstellung das Datum des elektronischen Kontoauszuges des Geldinstituts der Einzugsstelle,
3. bei Vorliegen einer Einzugsermächtigung der Tag der Fälligkeit.

(2) Zahlungen in fremder Währung und durch Wechsel sind nicht zugelassen.

§ 32 Säumniszuschlag

Für Beiträge und Beitragsvorschüsse, die von den Zahlungspflichtigen nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstags gezahlt worden sind, ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v. H. des rückständigen, auf 50 Euro nach unten abgerundeten Betrags zu zahlen. Bei einem rückständigen Betrag unter 100 Euro ist der Säumniszuschlag nicht zu erheben, wenn dieser gesondert schriftlich anzufordern wäre (§ 24 Abs. 1 Satz 2 SGB IV). Das Nähere bestimmt der Vorstand (§ 18 Nr. 21 der Satzung).

Abschnitt V

Änderungen im Unternehmen

§ 33 Anzeige der Änderung, Haftung für Beiträge

(1) Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben der Berufsgenossenschaft jede das Unternehmen betreffende Änderung, die für die Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft oder für die Veranlagung zu den Gefahrklassen wichtig ist, binnen vier Wochen schriftlich anzuzeigen (§§ 191, 192 Abs. 2 und 4 SGB VII). Dies gilt insbesondere für

1. den Wechsel der Unternehmerin bzw. des Unternehmers, auch den Eintritt oder das Ausscheiden von Mitunternehmerinnen bzw. Mitunternehmern, sowie den Wechsel von Bevollmächtigten (§ 130 Abs. 2 SGB VII),
2. Änderungen von Art und Gegenstand des Unternehmens,

3. jede Verlegung des Unternehmens oder eines Teils des Unternehmens auch innerhalb des gleichen Orts,
4. jede Erweiterung des Unternehmens durch Hinzunahme neuer Gewerbezweige,
5. die Einstellung des Unternehmens oder von Teilen des Unternehmens,
6. Änderungen in den Voraussetzungen für die Zuordnung zu den Gefahrklassen.

(2) Bei einem Wechsel der Person der Unternehmerin bzw. des Unternehmers sind die bisherige Unternehmerin/der bisherige Unternehmer und der Nachfolger/die Nachfolgerin bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Wechsel angezeigt wurde, zur Zahlung der Beiträge und damit zusammenhängender Leistungen als Gesamtschuldner verpflichtet (§ 150 Abs. 4 SGB VII).

§ 34 Sicherstellung der Beiträge durch Abfindung oder Sicherheitsleistung

(1) Bei einem Wechsel der Person der Unternehmerin bzw. des Unternehmers oder bei Einstellung des Unternehmens setzt die Berufsgenossenschaft für die Zeit vom Ablauf des Kalenderjahres, für das der Beitrag zuletzt festgestellt worden ist, bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus der Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft den Beitrag zu den Umlagen (Eigenumlage, Fremduumlagen) nach den Beitragswerten der letzten Umlage zuzüglich eines Abfindungszuschlages in Höhe von 10 v. H. fest.

(2) Anstelle der Abfindung nach Absatz 1 kann die Berufsgenossenschaft auf Antrag der Unternehmerin oder des Unterneh-

mers für die voraussichtlich zu zahlenden Beiträge eine Sicherheitsleistung in Höhe des Abfindungsbetrages festsetzen (§ 164 Abs. 2 SGB VII). Die Sicherheit dient zur Deckung des Beitrags; ein überschüssiger Betrag wird zurückgezahlt, ein Fehlbetrag nacherhoben.

(3) Die Einzelheiten der Durchführung bestimmt der Vorstand (§ 18 Nr. 13 der Satzung).

Abschnitt VI

Leistungen

§ 35 Entschädigungen, Jahresarbeitsverdienste

(1) Die Versicherten erhalten bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (§§ 7 - 12 SGB VII) Entschädigungen nach Gesetz und Satzung.

(2) Der Höchstbetrag des Jahresarbeitsverdienstes wird auf 72 000 Euro festgesetzt (§ 85 Abs. 2 SGB VII).

(3) Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, die bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit für die Berufsgenossenschaft einen Unfall erleiden, erhalten folgende Mehrleistungen (§ 94 SGB VII):

1. Die Berufsgenossenschaft zahlt von Amts wegen Geldleistungen nach dem in Absatz 2 festgesetzten Höchstbetrag des Jahresarbeitsverdienstes. Die Geldleistungen sind dabei insoweit Mehrleistungen, als sie auf dem Unterschiedsbetrag zwischen diesem Jahresarbeitsverdienst und dem tat-

sächlichen Jahresarbeitsverdienst beruhen.

2. Die Berufsgenossenschaft erstattet auf Antrag die durch Privatbehandlung entstandenen Mehrkosten für Sachleistungen, sofern sie nicht durch andere Versicherungs- und Versorgungsansprüche oder sonstige auf Gesetz oder Vertrag beruhende Ansprüche gedeckt sind. Die Erstattung darf einschließlich der bereits von der Berufsgenossenschaft gewährten Sachleistungen das 1/2-fache der Kosten nicht übersteigen, die für die einzelnen Leistungen bei berufsgenossenschaftlicher Heilbehandlung entstanden wären.

(4) Bei nicht kontinuierlicher Arbeitsverrichtung und -vergütung (§ 47 Abs. 1 Satz 3 SGB VII) werden der Berechnung des Regelentgelts die Verhältnisse aus den letzten drei vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit abgerechneten Entgeltabrechnungszeiträumen zu Grunde gelegt. Ist das nach Satz 1 berechnete Regelentgelt in Anbetracht der Entgeltersatzfunktion des Verletzengeldes und der Stellung der Versicherten im Erwerbsleben in erheblichem Maße unbillig, so ist es nach billigem Ermessen festzustellen. Dabei werden insbesondere die Fähigkeiten, die Ausbildung, die Lebensstellung und die Tätigkeit der Versicherten vor und nach dem Zeitpunkt des Versicherungsfalls berücksichtigt.

§ 36 Feststellung der Leistungen

Soweit Leistungen nicht von den Rentenausschüssen festzustellen sind (§ 21 Abs. 1 der Satzung), stellt sie die Geschäftsführung fest.

Abschnitt VII

Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

§ 37 Allgemeines

(1) Die Berufsgenossenschaft sorgt mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie für eine wirksame Erste Hilfe in den Unternehmen (§ 14 Abs. 1 SGB VII). Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind für die Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten und für die Verhütung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie für eine wirksame Erste Hilfe verantwortlich (§ 21 Abs. 1 SGB VII).

(2) Die Berufsgenossenschaft kann unter Mitwirkung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. als autonomes Recht Unfallverhütungsvorschriften über Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren oder für eine wirksame Erste Hilfe erlassen, soweit dies zur Prävention geeignet und erforderlich ist und staatliche Arbeitsschutzvorschriften hierüber keine Regelung treffen.

1. In diesem Rahmen können Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden über
 - a) Einrichtungen, Anordnungen und Maßnahmen, welche die Unternehmerinnen und Unternehmer zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zu treffen haben, sowie die Form der

Übertragung dieser Aufgaben auf andere Personen (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VII),

- b) das Verhalten der Versicherten zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB VII),
- c) von den Unternehmerinnen und Unternehmern zu veranlassende arbeitsmedizinische Untersuchungen und sonstige arbeitsmedizinische Maßnahmen vor, während und nach der Verrichtung von Arbeiten, die für Versicherte oder Dritte mit arbeitsbedingten Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VII),
- d) Voraussetzungen, die Ärztinnen und Ärzte, die mit Untersuchungen oder Maßnahmen nach c) beauftragt sind, zu erfüllen haben, sofern die ärztliche Untersuchung nicht durch eine staatliche Rechtsvorschrift vorgesehen ist (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB VII),
- e) die Sicherstellung einer wirksamen Ersten Hilfe durch die Unternehmerinnen und Unternehmer (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB VII),
- f) die Maßnahmen, die die Unternehmerinnen und Unternehmer zur Erfüllung der sich aus dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit ergebenden Pflichten zu treffen haben (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 SGB VII),
- g) die Zahl der Sicherheitsbeauftragten, die nach § 22 SGB VII unter Berücksichtigung der in den Unter-

nehmen für Leben und Gesundheit der Versicherten bestehenden arbeitsbedingten Gefahren und der Zahl der Beschäftigten zu bestellen sind (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7, § 22 SGB VII).

2. In Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe überwacht die Berufsgenossenschaft die Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie für eine wirksame Erste Hilfe in den Unternehmen und berät die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Versicherten (§ 17 Abs. 1 Satz 1 SGB VII),

(3) Die Berufsgenossenschaft nimmt an der Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie gemäß den Bestimmungen des Fünften Abschnitts des Arbeitsschutzgesetzes teil (§ 14 Abs. 3 SGB VII).

§ 38 Bekanntmachung der Unfallverhütungsvorschriften, Unterrichtung der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der Versicherten

Die von der Vertreterversammlung beschlossenen und vom zuständigen Ministerium genehmigten Unfallverhütungsvorschriften und deren Änderungen werden öffentlich bekannt gemacht (vgl. § 76 der Satzung). Die Berufsgenossenschaft unterrichtet die Unternehmerinnen und Unternehmer über diese Vorschriften und die Bußgeldvorschriften; sie stellt ihnen die benötigten Unfallverhütungsvorschriften auf Anforderung zur Verfügung; die Unternehmerinnen und Unternehmer

sind zur Unterrichtung der Versicherten verpflichtet (§ 15 Abs. 5 SGB VII). Die Unfallverhütungsvorschriften sind im Unternehmen so zugänglich zu machen, dass sie von den Versicherten jederzeit eingesehen werden können.

§ 39 Überwachung und Beratung der Unternehmen, Aufsichtspersonen

(1) Ihre Beratungs- und Überwachungsaufgaben nach § 37 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung nimmt die Berufsgenossenschaft durch Aufsichtspersonen (§ 18 Abs. 1 SGB VII) wahr. Die Aufsichtspersonen weisen sich durch einen Dienstausweis aus. Zu ihrer Unterstützung können Aufsichtshelferinnen und Aufsichtshelfer bestellt werden.

Die Aufsichtspersonen sind insbesondere befugt,

1. zu den Betriebs- und Geschäftszeiten Grundstücke und Betriebsstätten zu betreten, zu besichtigen und zu prüfen (§ 19 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII),
2. von den Unternehmerinnen und Unternehmern die zur Durchführung ihrer Überwachungsaufgabe erforderlichen Auskünfte zu verlangen (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 SGB VII),
3. geschäftliche und betriebliche Unterlagen der Unternehmerinnen und Unternehmer einzusehen, soweit es die Durchführung ihrer Überwachungsaufgabe erfordert (§ 19 Abs. 2 Nr. 3 SGB VII),
4. Arbeitsmittel und persönliche Schutzausrüstungen sowie ihre bestimmungsgemäße Verwendung zu prüfen (§ 19 Abs. 2 Nr. 4 SGB VII),
5. Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe zu untersuchen und insbesondere das

Vorhandensein und die Konzentration gefährlicher Stoffe und Zubereitungen zu ermitteln oder, soweit die Aufsichtspersonen und die Unternehmerinnen bzw. Unternehmer die erforderlichen Feststellungen nicht treffen können, auf Kosten der Unternehmerinnen bzw. Unternehmer ermitteln zu lassen (§ 19 Abs. 2 Nr. 5 SGB VII),

6. gegen Empfangsbescheinigung Proben nach ihrer Wahl zu fordern oder zu entnehmen; soweit die Unternehmerinnen bzw. Unternehmer nicht ausdrücklich darauf verzichten, ist ein Teil der Proben amtlich verschlossen oder versiegelt zurückzulassen (§ 19 Abs. 2 Nr. 6 SGB VII),
7. zu untersuchen, ob und auf welche betrieblichen Ursachen ein Unfall, eine Erkrankung oder ein Schadensfall zurückzuführen ist (§ 19 Abs. 2 Nr. 7 SGB VII),
8. die Begleitung durch die Unternehmerinnen bzw. Unternehmer oder von ihnen beauftragte Personen zu verlangen (§ 19 Abs. 2 Nr. 8 SGB VII).

Zur Verhütung dringender Gefahren können die Maßnahmen nach Satz 4 auch in Wohnräumen und zu jeder Tages- und Nachtzeit getroffen werden. Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben die Maßnahmen nach Satz 4 Nr. 1 und 3 bis 7 zu dulden. Dem Betriebsrat (Personalrat) ist Gelegenheit zu geben, an der Besichtigung des Unternehmens und an der Beratung teilzunehmen.

(2) Die Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaft können im Einzelfall anordnen, welche Maßnahmen Unternehmerinnen bzw. Unternehmer oder Versicherte

zu treffen haben zur Erfüllung ihrer Pflichten aufgrund der Unfallverhütungsvorschriften nach § 37 Abs. 2 Nr. 1 der Satzung oder zur Abwendung besonderer Unfall- und Gesundheitsgefahren (§ 19 Abs. 1 Satz 1 SGB VII). Die Aufsichtspersonen sind berechtigt, bei Gefahr im Verzug sofort vollziehbare Anordnungen zur Abwendung von arbeitsbedingten Gefahren für Leben und Gesundheit zu treffen (§ 19 Abs. 1 Satz 2 SGB VII).

(3) Auskünfte auf Fragen, deren Beantwortung die Unternehmerinnen oder Unternehmer selbst oder die in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit aussetzen würde, können verweigert werden (§ 19 Abs. 3 Satz 2 SGB VII).

(4) Die Selbstverwaltungsorgane sollen bei der Behandlung von Fragen der Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren die Leiterin/den Leiter der Präventionsabteilung der Berufsgenossenschaft als sachverständige Person hören.

§ 40 Ausbildung der mit Präventionsaufgaben betrauten Personen

(1) Die Berufsgenossenschaft sorgt dafür, dass Personen in den Unternehmen, die mit der Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie mit der Ersten Hilfe betraut sind, aus- und fortgebildet werden; sie hält Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Versicherte an,

an Aus- und Fortbildungslehrgängen teilzunehmen (§ 23 Abs. 1 SGB VII).

(2) Die Berufsgenossenschaft trägt die unmittelbaren Kosten ihrer Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie die erforderlichen Fahr-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten. Bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Ersthelferinnen und Ersthelfer, die von Dritten durchgeführt werden, hat die Berufsgenossenschaft nur die Lehrgangsgebühren zu tragen (§ 23 Abs. 2 SGB VII).

(3) Die Versicherten haben für die Arbeitszeit, die wegen der Teilnahme an einem Lehrgang ausgefallen ist, gegen die Unternehmerin bzw. den Unternehmer einen Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts (§ 23 Abs. 3 SGB VII).

Abschnitt VIII

Versicherung der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie ihrer im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen

§ 41 Fortführung der am 31.12.2010 bestehenden Pflichtversicherung (einschließlich der Zusatzversicherungen) der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie ihrer im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen

(1) Die am 31.12.2010 aufgrund §§ 41 und 44 der Satzung bestehenden Pflichtversicherungen einschließlich der Zusatzversicherungen werden ab dem 01.01.2011 nach den am 31.12.2010 geltenden Satzungsregelungen – ausgenommen der

§§ 42, 44 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 2 – weitergeführt. Eine Pflichtversicherung besteht, wenn sie bis zum 31. Dezember 2010 formell festgestellt ist oder bis zu diesem Zeitpunkt eine Anmeldung des Unternehmens bei der BGHW eingegangen ist.

(2) Unternehmerinnen und Unternehmer sowie ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen werden auf schriftlichen Antrag von der Pflichtversicherung nach Abs. 1 befreit. Die Befreiung wird entsprechend § 53 Abs. 1 der Satzung mit Ablauf des Monats wirksam, in dem ein schriftlicher Antrag bei der BGHW eingegangen ist.

(3) Eine Änderung der Versicherungssumme erfolgt über eine Befreiung von der Pflichtversicherung und Abschluss einer freiwilligen Versicherung. § 6 Abs. 2 Satz 3 SGB VII bleibt unberührt.

§§ 42 bis 47 aufgehoben mit Wirkung vom 1. Januar 2011⁷

Abschnitt IX

Ausdehnung der Versicherung

§ 48 Freiwillige Versicherung

Gegen die Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (§§ 7 - 12 SGB VII) können sich freiwillig versichern, wenn sie nicht schon auf Grund anderer Vorschriften versichert sind (§ 6 Abs. 1 SGB VII),

⁷ Der Wortlaut der §§ 41 bis 47 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung ist im Anhang (Seite 42) abgedruckt.

1. Unternehmerinnen und Unternehmer sowie ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner (§ 33b SGB I)⁸,
2. Personen, die in Kapital- oder Personhandelsgesellschaften regelmäßig wie Unternehmerinnen/Unternehmer selbstständig tätig sind (unternehmerähnliche Personen).

§ 49 Antrag, Versicherungssumme

(1) Die freiwillige Versicherung erfolgt auf schriftlichen Antrag bei der Berufsgenossenschaft (§ 6 Abs. 1 SGB VII). Im Antrag soll die Versicherungssumme angegeben werden, die der Versicherung als Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen ist; ist die Versicherungssumme nicht angegeben, so gilt die Mindestversicherungssumme. Die Versicherungssumme darf den Höchstjahresarbeitsverdienst (§ 35 Abs. 2 der Satzung) nicht übersteigen. Sie beträgt mindestens 20 000 Euro.

(2) Die Versicherungssumme gilt sowohl für die Berechnung der Beiträge als auch der Geldleistungen. Arbeitsentgelte und Versicherungssummen aus anderen versicherten Erwerbstätigkeiten werden der Versicherungssumme bei der Berechnung von Geldleistungen bis zur Höhe des Höchstjahresarbeitsverdienstes (§ 35 Abs. 2 der Satzung) hinzugerechnet.

(3) Beginnt oder endet die Versicherung im Lauf des Jahres, so wird der Beitragsberechnung für jeden vollen und angefangenen Monat der zwölfte Teil der Versicherungssumme zu Grunde gelegt. § 25 Abs. 4 der Satzung bleibt unberührt.⁹

§ 50 Beginn der Versicherung

Die Versicherung beginnt mit dem Tag nach Eingang des Antrags bei der Berufsgenossenschaft, sofern nicht ein späterer Zeitpunkt beantragt wird (§ 6 Abs. 2 SGB VII). Berufskrankheiten und Krankheiten, die wie Berufskrankheiten entschädigt werden können (§ 9 Abs. 2 SGB VII), deren medizinische Voraussetzungen vor Beginn der freiwilligen Versicherung vorlagen, sowie Arbeitsunfälle (§ 8 SGB VII), die sich vor diesem Zeitpunkt ereignet haben, sind von der Versicherung ausgeschlossen; dies gilt auch für Wiedererkrankungen aus Anlass solcher Versicherungsfälle. Hierzu kann eine ärztliche Untersuchung vorgenommen werden.

§ 51 Beginn und Umfang der Leistungen

(1) Die nach § 48 der Satzung freiwillig versicherten Personen erhalten Leistungen wie die gesetzlich Versicherten nach den §§ 26 ff. SGB VII, soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt.

(2) Verletztengeld wird für die Dauer der ersten drei Wochen der Arbeitsunfähigkeit nicht gezahlt. Die Frist nach Satz 1 beginnt an dem Tag, ab dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird, oder mit dem Tag des Beginns einer Heilbehandlungsmaßnahme, wenn sie an der Ausübung einer ganz täglichen Erwerbstätigkeit hindert (§ 46 Abs. 1 SGB VII). Abweichend hiervon wird Verletztengeld für die Dauer der wegen eines Versicherungsfalles erforderlichen stationären Behand-

⁸ § 48 Nr. 1 i. d. F. vom 11. August 2010

⁹ Fassung ab 1. Januar 2011

lung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen (§ 33 SGB VII) gezahlt. Satz 1 gilt nicht für Versicherte, die bei einer Krankenkasse mit Anspruch auf Krankengeld versichert sind (§ 46 Abs. 2 Satz 2 SGB VII).

§ 52 Änderung der Versicherungssumme

Die freiwillige Versicherung wird mit Ablauf des Monats, in dem ein schriftlicher Antrag bei der Berufsgenossenschaft eingegangen ist, auf eine andere Versicherungssumme umgestellt, sofern nicht ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt genannt wird. Die Erhöhung der Versicherungssumme gilt nicht für Berufskrankheiten und Krankheiten, die wie Berufskrankheiten entschädigt werden können (§ 9 Abs. 2 SGB VII), deren medizinische Voraussetzungen vor der Erhöhung vorlagen, und nicht für Arbeitsunfälle (§ 8 SGB VII), die sich vor diesem Zeitpunkt ereignet haben; dies gilt auch für Wiedererkrankungen aus Anlass solcher Versicherungsfälle.

§ 53 Beendigung der Versicherung

(1) Die freiwillige Versicherung endet mit Ablauf des Monats, in dem ein schriftlicher Antrag bei der Berufsgenossenschaft eingegangen ist.

(2) Die freiwillige Versicherung erlischt, wenn der auf sie entfallende Beitrag oder Beitragsvorschuss binnen zweier Monate nach Fälligkeit nicht gezahlt worden ist. Eine Neuanmeldung bleibt so lange unwirksam, bis der rückständige Beitrag oder Beitragsvorschuss entrichtet worden ist (§ 6 Abs. 2 Satz 2 und 3 SGB VII).

(3) Bei Überweisung des Unternehmens erlischt die freiwillige Versicherung mit dem Tag, an dem die Überweisung wirksam wird (§ 137 Abs. 1 SGB VII). Bei Einstellung des Unternehmens, beim Ausscheiden der versicherten Person aus dem Unternehmen oder beim Tod der versicherten Person erlischt die freiwillige Versicherung mit dem Tage des Ereignisses.

(4) Wird die freiwillige Versicherung aufgehoben oder erlischt sie, so ist § 34 der Satzung entsprechend anzuwenden.

§ 54 Verzeichnis, Bestätigung

Die Berufsgenossenschaft führt ein Verzeichnis der nach § 48 der Satzung freiwillig Versicherten unter Angabe ihrer Versicherungssumme. Sie bestätigt diesen Personen die Versicherung und die Höhe der Versicherungssumme.

Abschnitt X

Versicherung sonstiger Personen

§ 55 Versicherung nicht im Unternehmen beschäftigter Personen

- (1) Personen, die nicht im Unternehmen beschäftigt sind, aber
- a) als Mitglieder von Prüfungsausschüssen oder als Prüflinge oder als Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen der zusätzlichen Berufsschulung oder an Veranstaltungen, die ähnlichen Zwecken dienen,
 - b) als Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Besichtigungen des Unternehmens,

- c) als Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen der Entwicklungshilfe,
- d) als Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte, Steuerberaterinnen/Steuerberater, Ärztinnen/Ärzte oder sachverständige Personen,
- e) als Mitglieder des Aufsichtsrats, Beirats oder Verwaltungsrats des Unternehmens,
- f) als Kinder in Werkskindergärten

die Stätte des Unternehmens im Auftrage oder mit Zustimmung der Unternehmerin bzw. des Unternehmers aufsuchen oder auf ihr verkehren, sind während ihres Aufenthaltes auf der Stätte des Unternehmens gegen die ihnen hierbei zustoßenden Arbeitsunfälle beitragsfrei versichert, soweit sie nicht schon nach anderen Vorschriften versichert sind (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII).

(2) Die nach Absatz 1 Versicherten erhalten Leistungen wie die gesetzlich Versicherten nach den §§ 26 ff. SGB VII.

§ 56 Versicherung von ehrenamtlich Tätigen

(1) Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane und der Ausschüsse der Berufsgenossenschaft sind bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in den Selbstverwaltungsorganen und Ausschüssen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung sowie in den von den Berufsgenossenschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben gebildeten Arbeitsgemeinschaften gegen die Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten kraft Gesetzes versichert (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 a SGB VII).

(2) § 35 Abs. 2 und 3 der Satzung gilt auch im Falle des Absatzes 1.

Abschnitt XI

Ordnungswidrigkeiten und Geldbußen

§ 57 Ordnungswidrigkeiten

(1) Unternehmerinnen bzw. Unternehmer oder Versicherte handeln ordnungswidrig, wenn sie gegen Vorschriften verstoßen, deren Verletzung mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Dies gilt insbesondere bei

1. Zuwiderhandlungen gegen Unfallverhütungsvorschriften oder vollziehbare Anordnungen (§ 209 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB VII),
2. Zuwiderhandlungen gegen die Pflicht zur Duldung von Maßnahmen der Berufsgenossenschaft (§ 209 Abs. 1 Nr. 3 SGB VII),
3. Verstößen gegen die gesetzlich bestimmten Unterrichts-, Melde-, Nachweis-, Aufbewahrungs-, Mitteilungs-, Anzeige-, Aufzeichnungs- und Auskunftspflichten (§ 209 Abs. 1 Nr. 4 bis 11 SGB VII),
4. Anrechnung von Beiträgen zur gesetzlichen Unfallversicherung auf das Arbeitsentgelt von Beschäftigten (§ 209 Abs. 2 SGB VII),
5. Verletzung der Aufsichtspflicht (§ 130 Abs. 1 OWiG).

(2) Ordnungswidrig handelt, wer als Arbeitgeber oder Arbeitgeber vorsätzlich oder leichtfertig eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder eine Unterlage nicht,

nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt (§ 98 Abs. 1 und 5 SGB X).

(3) Ordnungswidrig handelt auch, wer als Ärztin/Arzt oder Zahnärztin/Zahnarzt entgegen § 203 Abs. 1 Satz 1 SGB VII eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt.

(4) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 kann eine Geldbuße bis zu 10 000 Euro festgesetzt werden. In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 4 und des Absatzes 2 beträgt die Geldbuße bis zu 5 000 Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 und des Absatzes 3 bis zu 2 500 Euro. Diese Grenzen gelten auch in den Fällen der Verletzung der Aufsichtspflicht nach Absatz 1 Nr. 5 (§ 130 Abs. 1 OWiG).

§ 58 Geldbußen gegen Vertretungsberechtigte und Beauftragte

(1) Soweit nach § 57 der Satzung gegen Unternehmerinnen und Unternehmer Geldbußen verhängt werden können, gilt dies auch gegenüber

- a) den vertretungsberechtigten Organen einer juristischen Person oder den Mitgliedern eines solchen Organs,
- b) den vertretungsberechtigten Gesellschafterinnen/Gesellschaftern einer rechtsfähigen Personengesellschaft oder
- c) den gesetzlichen Vertreterinnen/Vertretern der Unternehmerin bzw. des Unternehmers (§ 9 Abs. 1 OWiG).

(2) Sind Dritte von der Unternehmerin bzw. dem Unternehmer oder einer sonst dazu befugten Person

- a) beauftragt, das Unternehmen ganz oder zum Teil zu leiten,
- oder
- b) ausdrücklich beauftragt, in eigener Verantwortung Aufgaben wahrzunehmen, die der Inhaberin bzw. dem Inhaber des Betriebes obliegen,

und handeln sie auf Grund dieses Auftrages, so sind Vorschriften, die für Unternehmerinnen und Unternehmer gelten, auch auf die Beauftragten anzuwenden, wenn besondere Eigenschaften, Verhältnisse oder Umstände (besondere persönliche Merkmale), welche die Möglichkeit einer Ahndung begründen, zwar nicht bei ihnen, aber bei den Unternehmerinnen bzw. Unternehmern vorliegen. Dies gilt sinngemäß für Personen, welche von einer Stelle beauftragt sind, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt (§ 9 Abs. 2 OWiG).

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auch dann anzuwenden, wenn die Rechtshandlung, welche die Vertretungsbefugnis oder das Auftragsverhältnis begründen sollte, unwirksam ist (§ 9 Abs. 3 OWiG).

§ 59 Geldbußen bei Verletzung der Aufsichtspflicht

(1) Unternehmerinnen und Unternehmer handeln ordnungswidrig, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig erforderliche Aufsichtsmaßnahmen unterlassen und infolgedessen eine zu beaufsichtigende Person gegen eine Vorschrift verstößt, deren Verletzung mit einem Bußgeld geahndet werden kann. Zu den erforderlichen Aufsichtsmaßnahmen gehören auch die Be-

stellung, sorgfältige Auswahl und Überwachung von Aufsichtspersonen (§ 130 Abs. 1 OWiG).

- (2) Den Unternehmerinnen und Unternehmern stehen gleich
- a) ihre gesetzlichen Vertreterinnen/Vertreter,
 - b) die Mitglieder des zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs einer juristischen Person sowie die vertretungsberechtigten Gesellschafterinnen/Gesellschafter einer rechtsfähigen Personengesellschaft,
 - c) Personen, die beauftragt sind, das Unternehmen ganz oder zum Teil zu leiten, soweit es sich um Aufgaben handelt, für deren Wahrnehmung sie verantwortlich sind (§ 9 Abs. 2 OWiG).

(3) Das Höchstmaß der Geldbuße wegen der Aufsichtspflichtverletzung richtet sich nach dem für die Pflichtverletzung angeordneten Höchstmaß der Geldbuße (§ 130 Abs. 3 Satz 2 OWiG).

Abschnitt XII

Übergangsregelungen

Erster Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach § 118 Abs. 1 Satz 3 und 6 SGB VII zur Verfassung der Berufsgenossenschaft

§ 60 Einführungsvorschrift

Vom 1. Januar 2008 bis zum Ende der laufenden Wahlperiode (10. Wahlperiode) gelten für die Verfassung der Berufsgenossen-

schaft die Vorschriften dieses Unterabschnittes. Die Mitglieder der Vertreterversammlung und des Vorstands werden auf gemeinsamen Vorschlag der bisherigen Vertreterversammlungen der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel und der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft vom Bundesversicherungsamt berufen (§ 118 Abs. 1 Satz 6 SGB VII).

§ 61 Zusammensetzung der Selbstverwaltungorgane der Berufsgenossenschaft

(1) Die Vertreterversammlung setzt sich bis zum Ablauf der 10. Wahlperiode aus je 48 Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen (§ 43 Abs. 1 Satz 1 und 2, § 44 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV). Der Vorstand setzt sich bis zum Ablauf der 10. Wahlperiode aus je 14 Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen (§ 43 Abs. 1 Satz 1, § 44 Abs. 1 Nr. 1 SGB).

(2) Die Mitglieder der Geschäftsführung (§ 75 der Satzung) gehören dem Vorstand mit beratender Stimme an (§ 118 Abs. 1 Satz 5 SGB VII i. V. m. §§ 31 Abs. 1 Satz 2, 36 Abs. 4 Satz 3 SGB IV).

§ 62 Sparten der Berufsgenossenschaft

(1) Die Berufsgenossenschaft untergliedert sich in eine Sparte Einzelhandel und eine Sparte Großhandel und Lagerei. Die Sparten haben keine Rechtspersönlichkeit. Die Sparte Großhandel und Lagerei hat ihren Direktionssitz in Mannheim, die Sparte Einzelhandel hat ihren Direktionssitz in Bonn.

(2) Die Sparte Einzelhandel entspricht dem bisherigen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel:

1. Einzelhandel und einzelhandelsähnliche Unternehmen einschließlich der spartenbezogenen Logistik;
2. Handelsvertretungen, Handelsmakle-rien, Kommissions- und Agenturge-
schäfte mit Auslieferung der Ware an private Endverbraucherinnen/Endver-
braucher;
3. Warenautomatenaufstellungen, wenn Automaten von der Besitzerin/vom
Besitzer mit der Ware gefüllt werden;
4. Verleih, Leasing ab Laden oder Woh-
nung.

(3) Die Sparte Großhandel und Lagerei entspricht dem bisherigen Zuständig-
keitsbereich der Großhandels- und Lage-
rei-Berufsgenossenschaft:

1. Großhandel mit und ohne Lager ein-
schließlich der spartenbezogenen Lo-
gistik sowie die Gewerbebranche nach
§ 3 Nr. 3 - 5 der Satzung;
2. Verkauf an gewerbliche Verwenderin-
nen/Verwender (einschließlich Land-
wirtinnen/Landwirten, Industrie,
Dienstleisterinnen/Dienstleistern) und
an private Endverbraucherinnen/End-
verbraucher ab Lager; Versand- und
Internethandel;
3. Handelsvertretungen, Handelsmakle-
rien, Kommissions- und Agenturge-
schäfte mit Auslieferung der Ware an
Wiederverkäuferinnen/Wiederverkäu-
fer und gewerbliche Verwenderinnen/
Verwender;
4. Automatenaufstellungen und -handel;
5. Verleih, Leasing ab Lager und im
Streckengeschäft.

(4) § 5 Abs. 1 und Abs. 2 der Satzung
bleibt unberührt.

§ 63 Spartenversammlungen

(1) Für jede Sparte (§ 62 Abs. 2 bzw. Abs. 3
der Satzung) wird eine Spartenversamm-
lung bestellt. Diese setzt sich aus denjeni-
gen Vertreterinnen/Vertretern der Vertre-
terversammlung zusammen, die inner-
halb der Vertreterversammlung die jewei-
lige Sparte repräsentieren.

(2) Für die Beratung und Abstimmung
gelten die Regelungen des § 16 der
Satzung entsprechend.

§ 64 Spartenbeiräte

(1) Für jede Sparte (§ 62 Abs. 2 bzw. Abs. 3
der Satzung) wird aus Mitgliedern des
Vorstandes ein Spartenbeirat bestellt.
Dieser setzt sich aus denjenigen Vertrete-
rinnen/Vertretern des Vorstandes zu-
sammen, die innerhalb des Vorstandes die
jeweilige Sparte repräsentieren. Der
Spartengeschäftsführer¹⁰ nimmt an den
Sitzungen des Spartenbeirats mit bera-
tender Stimme teil.

(2) Für die Beratung und Abstimmung
gelten die Regelungen des § 16 der Sat-
zung entsprechend.

§ 65 Aufgaben der Spartenversammlungen

Die Spartenversammlungen haben fol-
gende Aufgaben:

¹⁰Übergangsvorschrift für die Spartengeschäftsführer
bis zum Ende der 10. Wahlperiode in §75 Abs. 9 der
Satzung

1. Wahl und Abberufung ihrer Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden,
2. Beschluss über ihre Geschäftsordnung,
3. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über Unfallverhütungsvorschriften,
4. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über Prüfungsordnungen für Aufsichtspersonen,
5. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über die Feststellung des Haushaltsplans,
6. Entlastung des Spartenbeirats und des Spartengeschäftsführers,
7. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über den Gefahrtarif,
8. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über die Bestimmung der Zahl der Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse und bei der Bestellung ihrer Mitglieder,
9. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über die Dienstordnung und den Stellenplan für die Angestellten der Berufsgenossenschaft,
10. Beschluss über Angelegenheiten, die der Spartenbeirat der Spartenversammlung vorlegt.
4. Vorbereitung der Aufstellung des Stellenplans,
5. Beschlussempfehlung an den Vorstand über Einstellung (mit Ausnahme der Einstellung von Dienstanwärterinnen und Dienstanwärttern), Anstellung, Beförderung, Entlassung und Versetzung in den Ruhestand von Dienstordnungsangestellten der jeweiligen Sparte,
6. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Umlagen der Berufsgenossenschaft (§ 152 SGB VII),
7. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Erhebung von Beitragsvorschüssen (§ 164 SGB VII),
8. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Bestellung der Mitglieder der Rentenausschüsse (§ 36a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 SGB IV, § 18 Nr. 16 der Satzung),
9. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Einrichtung und Verwaltung eines Sondervermögens zur Finanzierung von Altersrückstellungen der jeweiligen Sparte,
10. Vorbereitung der Beschlussfassung des Vorstandes über die Veräußerung von Grundstücken sowie über die genehmigungsbedürftigen Vermögensanlagen,

§ 66 Aufgaben der Spartenbeiräte

Die Spartenbeiräte haben folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung ihrer Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden,
2. Beschlussfassung über ihre Geschäftsordnungen,
3. Vorbereitung der Aufstellung des Haushaltsplans,
4. Beschlussempfehlung über sparten-spezifische Angelegenheiten der Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren,
5. Beschlussempfehlung über den Erlass spartenspezifischer Richtlinien, Regeln, Leitfäden und Informationsschriften der Prävention,

13. Entscheidung über die Belohnung für die Rettung aus Unfallgefahr, soweit spartenspezifische Ereignisse zu Grunde liegen,
14. Beschlussempfehlung an den Vorstand in spartenspezifischen Angelegenheiten,
15. Beschlussfassung über Angelegenheiten, die der Spartengeschäftsführer dem Spartenbeirat vorlegt.

§ 67 Aufgaben der besonderen Ausschüsse

Abweichend von § 14 Nr. 15 und § 22 sowie § 18 Nr. 16 und § 21 Abs. 2 tagen die Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse sowie die Rentenausschüsse ab dem 1. Januar 2008 bis die Ausschüsse von der Berufsgenossenschaft neu bestellt werden in der bei der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel und der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft bis zum 31. Dezember 2007 bestehenden Zusammensetzung.

§ 68 Anwendbare Vorschriften

- (1) Im Übrigen gelten die Vorschriften des II. Abschnitts der Satzung - Verfassung-entsprechend.
- (2) Beschlüsse der Vertreterversammlung, die von Beschlüssen der Spartenversammlungen abweichen sollen, und Beschlüsse des Vorstands, die von Beschlüssen des Spartenbeirats abweichen sollen, müssen die Mehrheitsverhältnisse des § 16 Abs. 8 der Satzung erfüllen. Für sonstige Beschlussfassungen des Vorstands gilt Satz 1 entsprechend.

Zweiter Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach § 118 Abs. 1 Satz 3 und 4 SGB VII über die Gefahrtarif- und Beitragsgestaltung

§ 69 Regelungszweck

Dieser Unterabschnitt dient der Konkretisierung erforderlicher Anpassungsprozesse für die Beitrags- und Gefahrtarifgestaltung. Er ist autonomes Recht und gilt während einer Übergangszeit von höchstens zwölf Jahren auch im Verhältnis zu den zugehörigen Unternehmen und Beitragspflichtigen.

§ 70 Gefahrtarife

- (1) Der am 1. Januar 2007 in Kraft getretene 23. Gefahrtarif¹¹ der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft gilt im bisherigen Zuständigkeitsbereich dieser Berufsgenossenschaft fort. Die Regelungen für fremdartige Nebenunternehmen sind auch für Veranlagungen von Nebenunternehmen aus dem bisherigen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel anzuwenden.
- (2) Der mit Wirkung vom 1. Januar 2008 von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel beschlossene Gefahrtarif gilt im bisherigen Zuständigkeitsbereich dieser Berufsgenossenschaft. Die Regelungen für fremdartige Nebenunternehmen sind auch für Veranlagungen von Nebenunternehmen aus dem bisherigen Zuständigkeitsbereich der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft anzuwenden.

¹¹ siehe Seite 47

(3) Sofern bis zum 1. Januar 2013 kein gemeinsamer Gefahrtarif beschlossen wurde, beschließt die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft weitere Gefahrtarife in den bisherigen Zuständigkeitsbereichen.

§ 71 Umlagen ab dem Umlagejahr 2008

(1) Für die bisherigen Zuständigkeitsbereiche der an der Vereinigung beteiligten Berufsgenossenschaften (§ 62 Abs. 2 bzw. Abs. 3 der Satzung) werden mindestens bis zum Zeitpunkt des 1. gemeinsamen Gefahrtarifs und spätestens bis zum 31. Dezember 2019 die Beiträge jeweils im Wege getrennter Umlagen erhoben (§ 118 Abs. 1 Satz 4 SGB VII).

(2) Dazu stellt der Vorstand der Berufsgenossenschaft für jeden in Absatz 1 genannten Zuständigkeitsbereich den jährlichen Finanzbedarf (Umlagesoll) für die Umlagen gesondert und unabhängig von dem Finanzbedarf des anderen Zuständigkeitsbereichs fest.

§ 72 Beitragsberechnung

(1) Bis zum Inkrafttreten des 1. gemeinsamen Gefahrtarifs der Berufsgenossenschaft gelten

1. für das Beitragsausgleichsverfahren und
2. für die Berechnung der Beiträge für Unternehmerinnen und Unternehmer, ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen sowie Personen, die in Kapital- oder Personengesellschaften regelmäßig wie Unternehmerinnen/Unternehmer selbstständig tätig sind (unternehmerähnliche Personen),

vorbehaltlich von Absatz 2 die entsprechenden Satzungsbestimmungen – ausgenommen die Vorschriften zur Höhe der Versicherungssummen – der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel in der Fassung des 4. Nachtrags vom 9. Mai 2007¹² und der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft in der Fassung des 5. Nachtrags vom 13. Mai 2004 in ihren jeweiligen bisherigen Zuständigkeitsbereichen fort. Satz 1 gilt für Lebenspartnerinnen und Lebenspartner entsprechend¹³.

(2) Beitragsanteile, die auf die Fremdumlagen entfallen, werden ab dem Beitragsjahr 2008 bei der Berechnung des Beitragsnachlasses nach § 29 der Satzung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel bzw. bei der Berechnung des Zuschlags zum Beitrag nach der Anlage zur Satzung der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft (vgl. Absatz 1) nicht berücksichtigt. Keine Fremdumlage im Sinne von Satz 1 ist die gemeinsame Tragung der Rentenlasten durch die Berufsgenossenschaften nach dem Verhältnis der Neurenten ihrer Versicherten (§ 178 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 Nr. 1 SGB VII).

(3) Bis zum Inkrafttreten des 1. gemeinsamen Gefahrtarifs der Berufsgenossenschaft werden die Rentenlasten, die nach § 178 Abs. 1 bis 3 SGB VII ab dem 1. Januar 2008 von der Berufsgenossenschaft zu tragen sind, auf die bisherigen Zuständigkeitsbereiche der vereinigten Berufsgenossenschaften in dem Verhältnis der Lasten verteilt, als ob eine Vereinigung

¹² siehe Seite 45

¹³ § 72 Abs. 1 Satz 2 in Kraft getreten am 11. August 2010

nicht stattgefunden hätte (§ 118 Abs. 4 Satz 1 SGB VII).

(4) Für rückwirkende Veranlagungs- und Beitragsfestsetzungen und -änderungen, die Zeiträume vor dem 1. Januar 2008 betreffen, sind die Berechnungsgrundlagen der an der Vereinigung beteiligten Berufsgenossenschaften in der jeweils geltenden Fassung weiter anzuwenden.

§ 73 Zugehörigkeit zu einem der bisherigen Zuständigkeitsbereiche

(1) Die Berufsgenossenschaft stellt für ein neu aufzunehmendes Unternehmen auch die Zugehörigkeit zu einem der bisherigen Zuständigkeitsbereiche der an der Vereinigung beteiligten Berufsgenossenschaften (§ 62 Abs. 2 bzw. Abs. 3 der Satzung) durch schriftlichen Bescheid gegenüber der Unternehmerin bzw. dem Unternehmer fest.

(2) Bei einem Wechsel vom bisherigen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel zum bisherigen Zuständigkeitsbereich der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft gilt § 46 Abs. 1 der Satzung in der Fassung vom 31. Dezember 2010.

§ 74 Vermögen

Mindestens für die Zeit getrennter Umlagen und längstens bis zum 31. Dezember 2019 bleibt buchhalterisch das Vermögen der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel ihrem bisherigen Zuständigkeitsbereich zugeordnet und das Vermögen der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft ihrem bisherigen Zuständigkeitsbereich.

Dritter Unterabschnitt

Übergangsregelung nach § 118 Abs. 1 Satz 5 SGB VII zur weiteren Tätigkeit der Hauptgeschäftsführer und Stellvertretenen Hauptgeschäftsführer der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel und der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft als Mitglieder der Geschäftsführung der Berufsgenossenschaft

§ 75 Geschäftsführung

(1) Es wird für eine Übergangszeit von höchstens zehn Jahren eine Geschäftsführung aus den Hauptgeschäftsführern und Stellvertretenden Hauptgeschäftsführern der beiden an der Vereinigung beteiligten Berufsgenossenschaften gebildet. Zu Mitgliedern der Geschäftsführung werden die Herren Hans-Jürgen Schreiber, Dr. Udo Schöpf, Friedrich Heuß und Dr. Günter Hans berufen. Herr Hans-Jürgen Schreiber wird ab dem 1. Januar 2008 Vorsitzender der Geschäftsführung. Mit dem Wechsel zur 11. Wahlperiode wird Herr Dr. Udo Schöpf Vorsitzender der Geschäftsführung.

(2) Mit dem Ausscheiden eines Mitglieds der Geschäftsführung endet die Geschäftsführung nach Absatz 1 und beginnt die Geschäftsführung nach § 20 der Satzung.

(3) Die Einzelheiten sind in den Vorstandsrichtlinien der Berufsgenossenschaft (§ 35 Abs. 2 SGB IV) zu regeln. Die Geschäftsführung gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Die Geschäftsführung führt hauptamtlich die laufenden Verwaltungsge-

schäfte der Berufsgenossenschaft, soweit Gesetz oder sonstiges für die Berufsgenossenschaft maßgebendes Recht nichts Abweichendes bestimmen (§ 36 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. Abs. 1 SGB IV). Ihr obliegt die Einstellung, Höhergruppierung und Kündigung von Tarifangestellten sowie die Einstellung von Dienstanwärterinnen und Dienstanwärttern.

(5) Die Geschäftsführung vertritt die Berufsgenossenschaft im Rahmen ihres Aufgabenbereiches (Absatz 4) gerichtlich und außergerichtlich (§ 36 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. Abs. 1 SGB IV). In diesem Aufgabenbereich kann die Berufsgenossenschaft auch durch jedes einzelne Mitglied der Geschäftsführung vertreten werden (§ 36 Abs. 4 Satz 5 SGB IV).

(6) Bei Abgabe einer schriftlichen Willenserklärung durch die Geschäftsführung fügt diese dem Namen der Berufsgenossenschaft die Bezeichnung „Die Geschäftsführung“ und die Unterschrift ihrer Mitglieder bei. Bei Vertretung der Berufsgenossenschaft durch einzelne Mitglieder der Geschäftsführung fügen diese dem Namen der Berufsgenossenschaft die Bezeichnung „Für die Geschäftsführung“ und ihre Unterschrift bei.

(7) Soweit die Geschäftsführung im Rahmen des Aufgabenbereiches des Vorstands in dessen Auftrag handelt, zeichnet sie mit dem Zusatz „Der Vorstand - Im Auftrag“ („I.A.“).

(8) Die Mitglieder der Geschäftsführung führen die Bezeichnung „Direktor der Berufsgenossenschaft“. Der Vorsitzende der Geschäftsführung führt die Bezeichnung

„Vorsitzender der Geschäftsführung - Direktor der Berufsgenossenschaft“.

(9) Herr Hans-Jürgen Schreiber ist bis zum Ablauf der 10. Wahlperiode zugleich Spartengeschäftsführer der Sparte Großhandel und Lagerei. Herr Dr. Udo Schöpf ist bis zum Ablauf der 10. Wahlperiode zugleich Spartengeschäftsführer der Sparte Einzelhandel.

Abschnitt XIII

Schlussbestimmungen

§ 76 Bekanntmachungen

(1) Die Berufsgenossenschaft veröffentlicht die Bekanntmachungen mit Ausnahme der dienstrechtlichen Regelungen im amtlichen Mitteilungsblatt sowie im Internet auf der Website der Berufsgenossenschaft unter der Adresse (Internet <http://www.bghw.de>).

(2) Dienstrechtliche Regelungen, insbesondere die Dienstordnung und die sie ergänzenden Vorschriften, werden durch zweiwöchigen öffentlichen Aushang an den Bekanntmachungstafeln in den Geschäftsräumen der Berufsgenossenschaft öffentlich bekannt gemacht.

(3) Die Vorschriften der Berufsgenossenschaft werden auf der Website dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

§ 77 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Beschlossen durch die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 25. Oktober 2007

Der Vorsitzende der
Vertreterversammlung
gez. Matthias Weiß

Beschlossen durch die Vertreterversammlung der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft

Bremen, den 8. November 2007

Der Vorsitzende der
Vertreterversammlung
gez. Horst-J. Burrenkopf

Genehmigung

Die vorstehende, von der Vertreterversammlung der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft in Abänderung des Beschlusses vom 23. Mai 2007 am 08. November 2007 und von der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel am 25. Oktober 2007 beschlossene Satzung wird gemäß § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII sowie § 118 Abs. 1 Satz 3 und 5 SGB VII genehmigt.

Bundesversicherungsamt
Im Auftrag
gez. Nies

Bonn, den 17. Dezember 2007
III 2 – 69290.00 – 442/2007

(Siegel)

Satzungsänderungen

Zweiter Nachtrag

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution hat am 5. November 2008 folgende Änderungen beschlossen:

Nr. 1: ...

Nr. 2: § 72 der Satzung wird neu gefasst. Diese Änderung tritt am 5. November 2008 in Kraft (Tag nach Verkündung des Unfallversicherungsmodernisierungsgesetzes).

Das Bundesversicherungsamt hat die Genehmigung zu Nr. 2 am 30. Januar 2009 erteilt.

Dritter Nachtrag

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution hat am 28. Mai 2009 die Änderung des § 8 Abs. 1 beschlossen.

Dieser Nachtrag zur Satzung tritt am Tag nach seiner Bekanntmachung in Kraft.

Das Bundesversicherungsamt hat die Genehmigung am 8. Juli 2009 erteilt.

Vierter Nachtrag

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution hat am 6. Mai 2010 die Änderung der §§ 8 Abs.2, 14, 16 Abs. 8, 17, 18, 20, 36 und 75 beschlossen.

Die geänderten Paragraphen sind ab dem Ausscheiden eines Mitglieds der Geschäftsführung nach § 75 der Satzung anwendbar.

Dieser Nachtrag tritt am Tag nach der Beschlussfassung durch die Vertreterversammlung am 6. Mai 2010 in Kraft.

Das Bundesversicherungsamt hat die Genehmigung am 9. Juli 2010 erteilt.

Fünfter Nachtrag

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution hat am 6. Mai 2010 die Änderung der §§ 41, 49 und 73 sowie die Aufhebung der §§ 42 bis 47 beschlossen.

Dieser Nachtrag zur Satzung tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Das Bundesversicherungsamt hat die Genehmigung am 20. September 2010 erteilt.

Sechster Nachtrag

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution hat am 4. November 2010 die Änderung des § 25 Abs. 2, § 37, § 39 und § 57 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 mit Wirkung vom 5. November 2008, des § 25 (bisheriger Abs. 3 gestrichen) mit Wirkung vom 1. Januar 2009 sowie des § 18 Nr. 8 und 9, § 25 Abs. 1 Unterabsatz 2, § 27 (neuer Abs. 4) und § 29 mit Wirkung vom 1. Januar 2010 beschlossen.

Das Bundesversicherungsamt hat die Genehmigung am 14. Dezember 2010 erteilt.

Siebenter Nachtrag

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution hat am 4. November 2010 die Änderung des § 30, die Aufhebung des § 72 und die Anfügung einer Anlage zu § 30 der Satzung beschlossen.

Dieser Nachtrag zur Satzung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

Das Bundesversicherungsamt hat die Genehmigung am 14. Dezember 2010 erteilt.

Achter Nachtrag

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution hat am 4. November 2010 die Änderung des § 25 Abs. 1 Unterabsatz 3 Satz 4, § 28 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2, § 48 Nr. 1 und § 72 Abs. 1 (neuer Satz angehängt) beschlossen.

Dieser Nachtrag zur Satzung tritt mit Wirkung vom 11. August 2010 in Kraft; die Änderung des § 72 Abs. 1 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2012 außer Kraft.

Das Bundesversicherungsamt hat die Genehmigung am 14. Dezember 2010 erteilt.

Neunter Nachtrag

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution hat am 19. Mai 2011 die Ergänzung von § 17 Abs. 1 der Satzung um einen Satz 3 beschlossen.

Dieser Nachtrag zur Satzung tritt am 14. September 2011 in Kraft.

Das Bundesversicherungsamt hat die Genehmigung am 9. Juni 2011 erteilt.

Anhang 1

Der Wortlaut der §§ 41 bis 47 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung

§ 41 Kreis der Versicherten^{*}

(1) Die Versicherungspflicht wird auf die Unternehmerinnen und Unternehmer erstreckt (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII).

(2) Absatz 1 gilt nicht für Unternehmerinnen und Unternehmer, die mit ihrem Hauptunternehmen

1. Waren nur außerhalb eines stehenden Gewerbes verkaufen (als stehendes Gewerbe in diesem Sinne gilt nicht der Verkauf im Wohnraum oder aus Automaten),
2. Einzelhandel nebenberuflich betreiben, wenn diese Tätigkeit im zeitlichen und örtlichen Zusammenhang mit einer Beschäftigung als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer ausgeübt wird, oder
3. Großhandel betreiben. Unter Großhandel fällt:
 - a) Großhandel mit und ohne Lager einschließlich der spartenbezogenen Logistik sowie die Gewerbezweige nach § 3 Nr. 3 - 4 der Satzung;
 - b) Verkauf an gewerbliche Verwenderinnen/Verwender (einschließlich Landwirtinnen/Landwirten, Industrie, Dienstleisterinnen/Dienstleistern) und an private Endverbraucherinnen/Endverbraucher ab Lager; Versand- und Internethandel;

c) Handelsvertretungen, Handelsmaklereien, Kommissions- und Agenturgeschäfte mit Auslieferung der Ware an Wiederverkäuferinnen/Wiederverkäufer und gewerbliche Verwenderinnen/Verwender;

d) Automatenaufstellungen und -handel;

e) Verleih, Leasing ab Lager und im Streckengeschäft;

4. Warendistribution betreiben. Unter Warendistribution fallen die Gewerbezweige nach § 3 Nr. 5 der Satzung.

(3) Auf die in den Unternehmen tätigen Ehegatten und Ehegattinnen der Unternehmerinnen und Unternehmer sind Absatz 1 und 2 entsprechend anzuwenden.

§ 42 Befreiung von der Versicherungspflicht^{**}

(1) Unternehmerinnen und Unternehmer, die im Jahresdurchschnitt regelmäßig mehr als fünf Vollzeitkräfte beschäftigen, und ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen werden auf schriftlichen Antrag von der Pflichtversicherung nach § 41 Abs. 1 und 3 der Satzung befreit; Teilzeitkräfte sind unter Zugrundelegung einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden auf Vollzeitkräfte umzurechnen.

^{*} Übergangsvorschriften in § 73 Abs. 2 und 3 der Satzung

^{**} Übergangsvorschriften in § 73 Abs. 2 und 3 der Satzung

(2) Die Befreiung von der Pflichtversicherung wird mit Beginn des Kalendermonats nach Eingang des Antrags bei der Berufsgenossenschaft wirksam. Bei der Neuaufnahme eines Unternehmens wird die Befreiung ab Beginn der Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft ausgesprochen, wenn der Antrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Zuständigkeitsbescheides eingeht.

(3) Sind die Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflichtversicherung nicht mehr gegeben, ist dies der Berufsgenossenschaft unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Die Pflichtversicherung tritt am Tag nach Eingang der Anzeige wieder in Kraft.

(4) Wird der Berufsgenossenschaft auf andere Weise als durch die Anzeige nach Absatz 3 bekannt, dass die Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflichtversicherung nicht mehr gegeben sind, ist die Befreiung unverzüglich zu widerrufen. Die Befreiung von der Versicherungspflicht endet mit Beginn des auf die Bekanntgabe des Verwaltungsakts folgenden Kalendermonats.

§ 43 Versicherungssumme

(1) Für die Berechnung der Beiträge und der Geldleistungen gilt für die Unternehmerin bzw. den Unternehmer und den Ehegatten bzw. die Ehegattin der Betrag von 20 000 Euro als jeweiliger Jahresarbeitsverdienst (Versicherungssumme). Arbeitsentgelte und Versicherungssummen aus anderen versicherten Erwerbstätigkeiten werden der Versicherungssumme bei der Berechnung von Geldleistungen bis zur Höhe des Höchstjahresarbeitsver-

dienstes (§ 35 Abs. 2 der Satzung) hinzugerechnet.

(2) Beginnt oder endet die Versicherung im Laufe des Jahres, so wird der Beitragsberechnung für jeden vollen und angefangenen Monat der zwölfte Teil der Versicherungssumme zu Grunde gelegt. § 25 Abs. 4 der Satzung bleibt unberührt.

(3) Auf Beiträge können Vorschüsse erhoben werden (§ 164 Abs. 1 SGB VII).

§ 44 Zusatzversicherung

(1) Die Berufsgenossenschaft hat der Versicherung auf schriftlichen Antrag eine höhere Versicherungssumme als die in § 43 Abs. 1 Satz 1 der Satzung bestimmte zu Grunde zu legen (§ 83 Satz 2 SGB VI). Diese höhere Versicherungssumme setzt sich aus der jeweiligen Versicherungssumme des § 43 Abs. 1 Satz 1 der Satzung und dem weiteren gewählten Betrag (Zusatzversicherung) zusammen; sie darf jedoch 72 000 Euro nicht übersteigen. Für die Beitragsberechnung gilt § 43 Abs. 2 und 3 der Satzung entsprechend.

(2) Die Versicherungssumme nach Absatz 1 tritt am Tag nach Eingang des Antrags bei der Berufsgenossenschaft an die Stelle des in § 43 Abs. 1 Satz 1 der Satzung genannten Betrages, sofern nicht ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt genannt wird. § 50 Satz 2 und 3 der Satzung gilt entsprechend.

(3) Die Zusatzversicherung wird mit Ablauf des Monats, in dem ein schriftlicher Antrag bei der Berufsgenossenschaft eingegangen ist, aufgehoben oder auf eine andere Versicherungssumme umgestellt,

sofern nicht ein späterer Zeitpunkt genannt wird. § 52 Satz 2 der Satzung gilt entsprechend.

(4) Die Zusatzversicherung tritt unbeschadet der Regelung des § 46 Abs. 3 der Satzung außer Kraft, wenn der auf sie entfallende Beitrag oder Beitragsvorschuss binnen zweier Monate nach Fälligkeit nicht gezahlt worden ist. Eine Neuanschuldung bleibt so lange unwirksam, bis der rückständige Beitrag oder Beitragsvorschuss entrichtet worden ist.

§ 45 Beginn und Umfang der Leistungen

(1) Die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Ehegattinnen erhalten Leistungen wie die gesetzlich Versicherten nach den §§ 26 ff. SGB VII, soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt.

(2) Verletztengeld wird für die Dauer der ersten drei Wochen der Arbeitsunfähigkeit nicht gezahlt. Die Frist nach Satz 1 beginnt an dem Tag, ab dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird, oder mit dem Tag des Beginns einer Heilbehandlungsmaßnahme, wenn sie an der Ausübung einer ganztägigen Erwerbstätigkeit hindert (§ 46 Abs. 1 SGB VII). Abweichend hiervon wird Verletztengeld für die Dauer der wegen eines Versicherungsfalles erforderlichen stationären Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen (§ 33 SGB VII) gezahlt. Satz 1 gilt nicht für Versicherte, die bei einer Krankenkasse mit Anspruch auf Krankengeld versichert sind (§ 46 Abs. 2 Satz 2 SGB VII).

§ 46 Beendigung der Versicherung

(1) Sind die Voraussetzungen für die Versicherung kraft Satzung nicht mehr erfüllt, so endet sie mit dem Wegfall der Voraussetzungen. Liegen über den nach Satz 1 maßgebenden Zeitpunkt die Voraussetzungen für eine freiwillige Versicherung (§ 48 der Satzung) vor, so endet die Versicherung mit dem Schluss des Kalendermonats, in dem die Berufsgenossenschaft der Unternehmerin bzw. dem Unternehmer die Beendigung mitgeteilt hat. Die Berufsgenossenschaft hat die Mitteilung unverzüglich vorzunehmen.

(2) Bei Überweisung des Unternehmens erlischt eine Versicherung mit dem Tage, an dem die Überweisung wirksam wird (§ 137 Abs. 1 SGB VII). Bei Einstellung des Unternehmens, beim Ausscheiden der versicherten Person aus dem Unternehmen oder beim Tod der versicherten Person erlöscht die Versicherung mit dem Tage dieses Ereignisses.

(3) Absatz 1 und 2 gelten für die Beendigung der Zusatzversicherung (§ 44 der Satzung) entsprechend.

§ 47 Verzeichnis, Bestätigung

Die Berufsgenossenschaft führt ein Verzeichnis der nach § 41 der Satzung versicherten Personen unter Angabe ihrer Versicherungssumme. Sie bestätigt diesen Personen die Versicherung und die Höhe der Versicherungssumme.

Anhang 2

zu § 72 Abs. 1

Für die Unternehmen der Sparte Einzelhandel der BGHW gilt ergänzend zu § 72 Abs. 1 der Satzung die nachfolgende Regelung zum Beitragsnachlassverfahren.

4. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel vom 20. November 1997

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel hat in ihrer Sitzung am 9. Mai 2007 folgenden 4. Nachtrag zur Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 29 der Satzung wird wie folgt gefasst:

(1) Dem Beitragspflichtigen wird gemäß § 162 Abs. 1 Satz 1 SGB VII ein Beitragsnachlass nach Maßgabe der Absätze 2 – 6 gewährt, wenn die Eigenbelastung des Unternehmens unter der Durchschnittsbelastung aller Unternehmen liegt oder die Voraussetzungen des Absatzes 4 Ziffer 4 erfüllt sind.

(2) Die Eigenbelastung, die bis 8 Stellen nach dem Komma errechnet wird, ergibt sich aus der Gegenüberstellung der von der Berufsgenossenschaft im Umlagejahr gezahlten Leistungen und dem Beitrag des Unternehmens. Zu berücksichtigen sind die Leistungen für anzuzeigende Arbeitsunfälle (§ 193 Abs. 1 SGB VII), die sich im Umlagejahr und dem Umlagejahr vorausgegangenen Kalenderjahr ereignet haben. Wegeunfälle (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 SGB VII) und Berufskrankheiten (§ 9 SGB VII) bleiben außer Ansatz.

Versicherungsfälle, für die im Umlagejahr Leistungen bis 100,00 EURO erbracht wurden, sind bei der Berechnung der Eigenbelastung wie folgt in Ansatz zu bringen:

- Leistungen bis 25,00 EURO mit 0,50 EURO
- Leistungen bis 50,00 EURO mit 1,00 EURO
- Leistungen bis 75,00 EURO mit 1,50 EURO
- Leistungen bis 100,00 EURO mit 2,00 EURO.

(3) Für die Feststellung der Durchschnittsbelastung gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) 1Der Basisnachlass (Nachlass-Stufe 1) beträgt 3 v.H. des Beitrages. Er wird gewährt, wenn die Eigenbelastung des Unternehmens unter der Durchschnittsbelastung aller Unternehmen liegt und der Beitragspflichtige mindestens ein volles Kalenderjahr der Berufsgenossenschaft angehört.

2Der Nachlass erhöht sich auf 7 v.H. (Nachlass-Stufe 2), wenn die Eigenbelastung des Unternehmens unter der Durchschnittsbelastung aller Unternehmen liegt und im Vorjahr der Basisnachlass gewährt wurde.

3Der Nachlass erhöht sich auf 10 v.H. (Nachlass-Stufe 3) wenn das Unternehmen unter der Durchschnittsbelastung aller Unternehmen liegt und im Vorjahr Nachlass mindestens nach der Nachlass-Stufe 2 gewährt wurde.

4Liegt die Eigenbelastung des Unternehmens nicht unter der Durchschnittsbelastung aller Unternehmen, wurde dem Unternehmen aber im Vorjahr Nachlass nach der Nachlass-Stufe 3 gewährt, so erhält es einen Nachlass entsprechend der Nachlass-Stufe 2, wurde Nachlass nach der Nachlass-Stufe 2 gewährt, so erhält es den Basisnachlass.

5Bei einem Betriebsübergang kann die Nachlassstufe des Vorgängers übertragen werden.

6Auf Beitragsabfindungen (§§ 34 Abs. 1, 53 Abs. 4 der Satzung) sowie auf Beitragsanteile gemäß § 25 Abs. 3 der Satzung wird ein Nachlass nicht gewährt.

7Bei der Ermittlung der jeweiligen Nachlassstufe bleibt Absatz 5 außer Betracht.

(5) Eine Nachlassbewilligung ist ausgeschlossen, wenn der Beitragsnachlass nicht mehr als 12,-- EURO betragen würde.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für die gemäß §§ 41 und 47 der Satzung beitragspflichtigen Versicherten.

Artikel 2

Art. 1 tritt am 1. Januar 2008 für die Umlage 2007 in Kraft. Soweit für die Berechnungen Umlagejahre vor Inkrafttreten dieser Satzungsänderung heranzuziehen sind, gilt an Stelle der Nachlass-Stufen 1-3 der Nachlass in der bisherigen Höhe von 10 v.H.

Der Vorsitzende der Vertreterversammlung
der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel
Peter E. Hülsemann

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel am 9.Mai 2007 beschlossene 4. Nachtrag zur Satzung vom 20.November 1997 wird gemäß § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII genehmigt.

Bundesversicherungsamt

Im Auftrag
Nies

Bonn, den 19.Juli 2007
III 2 – 69300.00 – 2324/2006

(Siegel)

Gefahrtarif

(Belastungstarif)

für den ehemaligen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel Gesetzliche Unfallversicherung

Gültig zur Berechnung der Beiträge ab 1. Januar 2008

Der Teil I des Gefahrtarifs enthält die Gewerbebezüge (Branchen des Einzelhandels) und ihre Gefahrklassen. Sie sind auf der Grundlage der Entschädigungs- sowie der Arbeitsentgelt- und Versicherungssummen des Beobachtungszeitraums 2001 bis 2006 errechnet worden.

Der Teil II des Gefahrtarifs umfasst die sonstigen Bestimmungen.

I. Zuteilung der Unternehmen zu den Gefahrklassen

Gefahrtarifstelle	Gewerbebezüge (Branchen des Einzelhandels)	Gefahrklasse
1	Lebensmittel (einschl. Süßwaren, Kaffee, Tee, Getränke, Tabakwaren, Zeitungen und Zeitschriften, wenn sie untrennbar mit dem Gewerbebezug Lebensmittel verbunden sind)	2,5
2	Süßwaren, Kaffee, Tee Getränke Tabakwaren, Zeitungen und Zeitschriften	2,9
3	Drogerie-, Parfümeriewaren, Perücken, Haarteile Putz- und Waschmittel Reformwaren Sanitäts- und Medizinalbedarf, Hygieneartikel	1,6
4	Schuhe und Lederwaren	1,6
5	Textilien (einschl. Lederbekleidung, Pelzwaren, Hüte, Mützen, Handschuhe, Kurzwaren, Schirme, Stöcke) Handarbeitsartikel und -geräte (einschl. Nähmaschinen) Heimtextilien (Gardinen, Teppiche, Bettwaren)	1,7
6	Möbel, Küchen Sarghandlungen Kunstgegenstände, Antiquitäten, Gemälde	2,4
7	Bau- und Heimwerkerbedarf (inklusive Eisenwaren, Fußbodenbeläge, Farben, Lacke, Tapeten, sonstige Malerartikel, Herde, Kamine, Öfen etc.)	2,7
8	Haushalts-, Plastik-, Glas-, Porzellan- und Keramikwaren	2,3
9	Elektrogeräte (einschl. Lampen und Leuchten, Elektroherde und -heizgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen)	2,4
10	Audio- und Videogeräte (Fernsehgeräte, Stereoanlagen, Boxen ...) Musikinstrumente (einschl. Klaviere, Flügel, Keyboards und Orgeln)	2,0
11	Computer (Hard- und Software), Büromaschinen, Büroeinrichtungen und Organisationsmittel	1,2
12	Papier-, Schreibwaren, Büro-, Zeichen- und Malbedarf, Devotionalien, Briefmarken und Münzen Bücher, Poster, Grafiken Bild-, Ton- und Datenträger (CD's, Schallplatten, Videokassetten, DVD's usw.)	1,3
13	Spielwaren, Kinderwagen, Korbwaren Reiseandenken, Geschenkartikel, kunstgewerbliche Artikel, Orden und Ehrenzeichen, Fest- und Vereinsbedarf	2,2
14	Uhren, Schmuck, Gold- und Silberwaren, optische Artikel, Hörgeräte, Foto- und Filmgeräte	1,3
15	Blumen und Pflanzen	5,0
16	Zoologische Artikel, Tiere Sämereien, Futter- und Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel Gartenbedarf	3,0
17	Sport- und Campingartikel, Jagdbedarf, Waffen	2,3
18	Fahrräder – außer Gefahrtarifstelle 19	2,4
19	Krafträder (einschl. Fahrräder mit Hilfsmotor)	11,2
20	Kraftfahrzeuge (einschl. Wohnmobile) Motorboote Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte Wohnwagen und sonstige Fahrzeuganhänger	3,8
21	Fahrzeuersatzteile, -zubehör und -pflegemittel	3,7
22	Treibstoffe, Reifen, technische Öle und Fette Brennstoffe (einschl. Flaschengas und Heizöl)	3,8
23	Warenhäuser (Einzelhandel, der eine Vielzahl von Waren der verschiedensten Art mit der Hauptrichtung Bekleidung, Textilien, Hausrat, Wohnbedarf und einem insoweit breit- und tiefgestaffelten Sortiment anbietet)	1,6

II. Sonstige Bestimmungen

A.

1. Die Veranlagung eines Unternehmens wird durch seine Zugehörigkeit zu einem Gewerbebezweig des Teils I bestimmt. Der Verkauf von Zubehör, Ersatzteilen und ähnlichem wird wie der Verkauf der Hauptsache veranlagt, sofern keine Zuweisung zu einer besonderen Gefahr tariffstelle erfolgt ist.
2. Für Unternehmen, deren Gewerbebezweig nicht in Teil I enthalten ist oder deren Gewerbebezweig in der Tarifzeit neu entsteht, setzt die Berufsgenossenschaft die Gefahrklasse in Anlehnung an die Gefahrklassen vergleichbarer oder ähnlicher Gewerbebezweige fest.
3. Gehört ein Unternehmen zu mehreren Gefahr tariffstellen, so ist eine Mischgefahrklasse (Durchschnittsgefahrklasse) zu bilden. Sie wird nach dem Verhältnis der auf die einzelnen Gefahr tariffstellen entfallenden Anteile berechnet. Maßgebend ist dabei der durchschnittliche Arbeitsaufwand. Anteile unter 5 v.H. bleiben unberücksichtigt.

B.

Für fremdartige Nebenunternehmen werden die Gefahrklassen nach der Beitragshöhe der Berufsgenossenschaft festgesetzt, der diese Nebenunternehmen als Hauptunternehmen angehören würden.

Als fremdartiges Nebenunternehmen werden Unternehmensbestandteile nur dann veranlagt, wenn

- a) sie Nebenunternehmen darstellen (also überwiegend eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgen),
- b) sie von den anderen räumlich getrennt ausgeübt werden,
- c) sie über einen eigenen Personalstamm verfügen und
- d) bei ihnen das Arbeitsentgelt getrennt nachgewiesen wird.

Unternehmensbestandteile, bei denen eine dieser Voraussetzungen fehlt, werden über das Hauptunternehmen veranlagt. Für die Berechnung der Gefahrklassen sind die Beiträge für das der Tarifperiode vorangegangene Jahr maßgebend.

Beschlossen von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel am 25. Oktober 2007

Der Vorsitzende der Vertreterversammlung

Weiß

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel am 25. Oktober 2007 beschlossene Gefahrtarif, gültig zur Berechnung der Beiträge ab 1. Januar 2008, wird gemäß § 158 Abs. 1 SGB VII genehmigt.

Bundesversicherungsamt

Im Auftrag
Meurer

Bonn, den 12. November 2007
III 1 – 69300.50 – 58/2007

(Siegel)